

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Parlamentarische Erklärung

Parlamentarier aus elf Pazifikstaaten haben zu Beginn des neuen Jahres eine gemeinsame Erklärung zu den Menschenrechten und zur guten Regierungsführung verabschiedet. Die „2015 Denarau Declaration on Human Rights and Good Governance“ wurde so benannt nach dem Tagungsort Denarau auf Viti Levu (Fidschi), wo sich die Parlamentarier vom 28. bis zum 30. Januar 2015 zu einer Konsultation zu den Themen Menschenrechte und gute Regierungsführung getroffen hatten.

Erstmals wurde eine derartige Erklärung von pazifischen Parlamentsmitgliedern verabschiedet. Die Unterzeichner verpflichten sich in der Erklärung, die pazifischen Kulturen und Traditionen zu bewahren und sich gemeinsam für die Einhaltung von Menschenrechtsverträgen zu engagieren. Namentlich werden in der Denarau-Erklärung folgende Verträge benannt: Die Kinderrechtskonvention, die Konvention über den Schutz der Frauen vor Diskriminierung und Ausbeutung sowie die Behindertenrechtskonvention. Man wolle diese Verträge erfüllen und dem jährlichen Berichtswesen über die Erfolge und Misserfolge bei der Einhaltung der Vertragsvorgaben nachkommen, hieß es seitens der unterzeichnenden Staaten.

Die Erklärung sei ein starkes Zeichen und wirklich „visionär“, sagte Mark Atterton, der Vize-Direktor der Abteilung für Menschenrechte beim *Secretariat of the Pacific Community*, das die Tagung organisiert hatte.

Parlamentarier aus folgenden Pazifikstaaten unterschrieben die Denarau-Erklärung: Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Nauru, Niue, Palau, Samoa, Salomonen, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. (Pressemitteilung SPC 11.02.15, <http://www.spc.int/rrrt/publications->

media/publications/item/599-denarau-2015-declaration-on-human-rights-and-good-governance)

Young Leaders Award für Pazifik-Insulaner

Neun junge Männer und Frauen aus dem Pazifik sind Mitte Januar mit dem „Queen's Young Leaders Award“ ausgezeichnet worden. Sie gehören zu einer Gruppe von 60 jungen Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren weltweit, die die Ehrung von der britischen Königin Elizabeth II zugesprochen bekamen. Im Juni des Jahres werden die Geehrten zur Preisübergabe in London bei einer Privataudienz von der Königin empfangen. Mit dem Preis verbunden sind ein Mentoren-Programm sowie ein Online-Fortbildungskurs. Der Preis wird an Personen verliehen, die sich in ihren Ländern in vorbildlicher Weise für die Verbesserung der Lebenssituation von benachteiligten Menschen einsetzen.

Zu den pazifischen Preisträgern in diesem Jahr gehören folgende Personen: Emily Smith und Kate Row aus Australien, Alzima Elisha Bano-Mow aus Fidschi, Tabitha Besley aus Neuseeland, Christina Giwe und John Taka aus Papua-Neuguinea, Erna Takazawa aus Samoa, Christina Houaisuta von den Salomonen und Willy Missak aus Vanuatu.

Emily Smith ist Leiterin einer Mädchengruppe und leitet die „Stop the Violence“-Kampagne, eine australische Initiative zum Schutz von Mädchen und Frauen vor (sexueller) Gewalt. Kate Row engagiert sich für die Belange behinderter Menschen und fördert die Inklusion. Alzima Bano-Mow hat in Fidschi ein Konzept für Kreativ-Workshops entwickelt, in denen junge Leute sich mit lokalen und regionalen Problemen auseinandersetzen können. Tabitha Besley hat in Neuseeland die Gruppe „InsideOUT“ gegründet, die sich für die Rechte von Schwulen, Lesben und Transsexuellen einsetzt. Christina Giwe aus Papua-Neuguinea arbeitet seit Jahren ehrenamtlich für die Heilsarmee und

die Entwicklungshilfeorganisation Oxfam. John Taka hat zwei Nichtregierungsorganisationen gegründet. „Seeds of Hope“ unterstützt dörfliche Gemeinden bei der Subsistenzwirtschaft und dem Verkauf des Überschusses. „Spark*PNG“ unterstützt Menschen bei der Gründung von sozialen Projekten. Erna Takazawa aus Samoa ist die erste studierte Augenoptikerin auf den Inseln. Durch ihre Initiative sind Brillen für unter 16-Jährige und über 65-Jährige in Samoa kostenlos. Christina Houaisuta bemüht sich auf den Salomonen um die Bekämpfung von häuslicher Gewalt durch Aufklärungskampagnen und Hilfsangebote. Willy Missak studiert Umweltwissenschaften in Nouméa und hat Projekte für sauberes Trinkwasser in dörflichen Gemeinden ins Leben gerufen.

(<http://www.queensyoungleaders.com/>, Fiji Sun 14.01.15)

Umweltpreis für NGOs aus PNG

Gleich zwei Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus Papua-Neuguinea sind im Herbst letzten Jahres in New York mit dem *Equator Prize* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ausgezeichnet worden. 1.200 Organisationen aus 121 Staaten hatten sich um den mit 5.000 US-Dollar dotierten Umweltpreis beworben.

Geehrt wurden das *Kangaroo Tree Conservation Project* aus der Morobe Provinz sowie *Tulele Peisa* vom Carteret-Atoll.

Die Tierschutzorganisation *Tree Kangaroo* bemüht sich um den Schutz des auf der Huon-Halbinsel endemischen Baumkängurus (lat. *Dendrolagus matschiei*). In Kooperation mit dem *Woodland Park Zoo* im amerikanischen Seattle haben traditionelle Landeigner ein knapp 80.000 Hektar großes Gebiet als Schutzgebiet für diese seltene Känguru-Art ausgewiesen. Hier dürfen die Tiere nicht gejagt werden, auch darf die Fläche nicht landwirtschaftlich genutzt werden. Die Organisation erhielt den Umweltpreis für ihren holistischen An-

satz beim Schutz der Tiere. Durch Workshops und Aufklärungskampagnen ist es der NGO gelungen, die bisher miteinander verfeindeten Landeigner zu einen und für den Schutz der seltenen Tiere zu sensibilisieren.

Tulele Peisa ist eine Nichtregierungsorganisation auf dem Carteret-Atoll, 86 Kilometer nordöstlich von Bougainville. Unter Leitung von Ursula Rakova haben die Mitglieder ein Umsiedlungsprogramm ins Leben gerufen und bereits etliche Familie nach Tinputz auf der Insel Bougainville umgesiedelt. Das Carteret-Atoll wird wegen der Klimawandelfolgen in naher Zukunft unbewohnbar werden und für die rund 3.500 Bewohner sucht die NGO bereits seit 2009 nach Lösungen. Durch Verhandlungen ist es der NGO gelungen, ein Stück Land von der katholischen Kirche bei Tinputz zu pachten und dort ein Dorf für die umsiedlungswilligen Carteret-Bewohner zu erbauen.

Info: Der *Equator Prize* wird jährlich von UNDP, dem Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen, an 25 Organisationen vergeben. Er ist an drei Bedingungen geknüpft: Die Organisationen müssen seit mindestens drei Jahren bestehen, sie müssen im ländlichen Raum mit lokalen Gruppen arbeiten und sie müssen in Ländern arbeiten, die Entwicklungshilfe von der UN beziehen. (<http://www.equatorinitiative.org/>, *Post-Courier* 05.02.15)

SPC erhält Beobachterstatus

Die Hauptversammlung der Vereinten Nationen in New York Mitte Dezember letzten Jahres hat dem *Secretariat of the Pacific Community* (SPC) Beobachterstatus zugesprochen. SPC-Generaldirektor Dr. Colin Tukuitonga, begrüßte die UNO-Entscheidung. Nun könne man typisch pazifische Probleme wie etwa die Klimawandelfolgen auch auf die internationale Ebene heben. Die Arbeit der SPC dürfe sich nicht nur auf regionaler Ebene bewegen, sondern müsse die Welt

im Blick haben.

Info: Das Sekretariat ist ein Teil der Pazifischen Gemeinschaft, die 1947 von Australien, Frankreich, den Niederlanden, Neuseeland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten gegründet wurde. Die Pazifische Gemeinschaft ist eine regionale pazifische Organisation mit dem Ziel der sozialen und ökonomischen Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten durch gutachterliche und beratende Aktivitäten. (*Radio NZ Intern.* 15.12.14, <http://www.spc.int/>)

Masterplan zur Gesundheitsfürsorge verabschiedet

Nach einer 16-monatigen Planungsphase haben die Gesundheitsminister aller 22 pazifischen Staaten im vergangenen Jahr die „Pacific Sexual Health and Well-Being Shared Agenda“ für die Jahre 2015 bis 2019 verabschiedet. Regierungsvertreter, Vertreter der Zivilgesellschaft sowie Mitarbeitende aus dem Gesundheitssektor hatten diesen Masterplan unter der Ägide des *Sekretariats der Pazifischen Gemeinschaft* (SPC) erarbeitet. Finanziert wurde der Prozess von der australischen Regierung, der staatlichen neuseeländischen Entwicklungshilfeorganisation NZAid sowie dem *Global Fund to Fight Aids, Tuberculosis and Malaria*.

Die Gemeinschaftspublikation wurde am 12. Dezember 2014 in Suva (Fidschi) von der SPC und dem Aids-Programm der Vereinten Nationen UNAIDS der Öffentlichkeit vorgestellt. An der Präsentation nahm u.a. der fidschianische Präsident Ratu Epeli Nailatikau teil.

Durch die Unterzeichnung der Agenda verpflichten sich die Pazifikstaaten, sich für die sexuelle Selbstbestimmung und die Reproduktionsrechte ihrer Bevölkerungen stark zu machen. Sie erarbeiten Pläne zur Verringerung der Aids-Ansteckungsrate, bemühen sich um Aufklärungskampagnen zur Vermeidung von Teenager-Schwangerschaften und engagieren sich gegen häusliche (sexuel-

le) Gewalt. Schwerpunkt der Agenda ist vor allem der regionale Kampf gegen sexuell übertragbare Krankheiten sowie der Schutz sexueller Minderheiten.

Der pan-pazifische Gesundheitsplan sieht auch eine verbesserte Fürsorge für Schwangere und Säuglinge vor. Die Bevölkerung soll zudem über die Nutzung verschiedener Verhütungsmethoden aufgeklärt werden, um die weitere Ausbreitung der Immunschwächeerkrankung Aids einzudämmen. Nach Angaben der SPC nutzen nur 26 % der pazifischen Bevölkerung regelmäßig Verhütungsmittel. (*Pressemitteilung der SPC* 15.01.15, <http://unaids-ap.org/2015/01/05/launch-of-sexual-health-guidelines-for-pacific-island-countries/>)

Große Korallenbleiche im Nordpazifik

Meereswissenschaftler von der Universität von Hawai'i haben im letzten Quartal des Jahres 2014 die bislang größte Korallenbleiche im Norden des Pazifischen Ozeans beobachtet. Grund für das Phänomen ist El Niño, das in den vergangenen Monaten zu einer erhöhten Meerestemperatur führte. Besonders betroffen sind nach Angaben des Meereswissenschaftlers Karl Fellenius die Gewässer der Marshallinseln. Fellenius lehrt Meereswissenschaften am *College of the Marshall Islands* in Majuro. Auch Guam, die Nördlichen Marianen, Kiribati und die Hawai'i-Inseln leider unter der flächendeckenden Korallenbleiche.

Eine ähnlich große Korallenbleiche trat zuletzt 1997 auf. In jenem Jahr sorgte El Niño für eine derart große Erwärmung der Meerestemperatur, dass statt der üblichen 16 % absterbenden Korallen pro Saison 27 % aller Korallen ausbleichen und abstarben.

In den kommenden Monaten erwartet Fellenius ein Absterben von 75 % der kleineren Korallenriffe in den Küstengewässern der Marshallinseln sowie das Absterben von 25 % der großen Riffe. Die Korallenbleiche habe nicht nur Aus-

wirkungen auf die Subsistenzernährung der Küstenbewohner, sondern auch auf den Tourismus, sagte Fellenius. Viele Tauchtouristen kämen nur wegen der einzigartigen Unterwasserwelt in den nördlichen Pazifik, so der Wissenschaftler.

Info: Mit Korallenbleiche wird ein Ausbleichen der Steinkorallenstöcke bezeichnet, der zum anschließenden Absterben der Korallen führen kann. Korallen leben mit Zooxanthellen in einer Symbiose zusammen. Die Zooxanthellen liefern durch Photosynthese den Korallen Energie. Doch die Zooxanthellen sind empfindlich gegenüber Wärme: Wird das Wasser durch Wetterphänomene wie El Niño zu warm, beginnen diese Algen im Wärmestress Giftstoffe zu produzieren. Das stresst die Korallen, denn wenn sie die Giftstoffe aufnehmen, sterben sie ab. Deshalb stoßen sie die farbigen Algen aus, zurück bleibt der weiße Kalkmantel, in dem die Nesseltiere leben. (*Marshall Islands Journal* 26.12.14, *Radio Australia* 22.12.14)

Neuer Chef der Thunfisch-Kommission

Dr. Feleti Teo aus Tuvalu ist neuer geschäftsführender Direktor der *Western and Central Pacific Fishing Commission*. Er wurde Anfang Dezember letzten Jahres im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung der *Pacific Tuna Commission* in Apia (Samoa) gewählt. In dieser Thunfisch-Kommission arbeiten acht pazifische Inselstaaten zusammen. Die als *Parties to the Nauru Agreement* bekannten acht Staaten im Nordwesten des Pazifiks sind die Föderierten Staaten von Mikronesien, die Marshallinseln, Nauru, Kiribati, Palau, Papua-Neuguinea, die Salomonen und Tuvalu. In den Gewässern dieser acht Pazifikstaaten werden 50 % des weltweit gefangenen Thunfischs erbeutet.

Teo hat zuvor bereits als Direktor der *Forum Fisheries Agency* gearbeitet sowie als Vize-Direktor des *Pacific Islands Forum Secretariats*. Vor seiner Wahl war er kommissa-

rischer Vorsitzender des *Pacific Islands Development Forums* mit Sitz in Suva (Fidschi).

Als erster gebürtiger Pazifikinsulaner auf dem Chefsessel der *Western and Central Pacific Fishing Commission* wird Teo ab sofort von Pohnpei (Föd. Staaten von Mikronesien) aus arbeiten, wo die Kommission ihren Hauptsitz hat. (<http://www.pnatuna.com/node/186>, www.talane.com/pages/20446816.php)

Wissenschaftler tauschen geheime Daten aus

Meereswissenschaftler aus fünf Staaten haben erstmals bislang geheim gehaltene Daten über die Thunfischbestände im Pazifik ausgetauscht. Dafür trafen sich die Experten aus China, Japan, Korea, Taiwan und den Vereinigten Staaten in der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa. Hier verglichen sie über zehn Millionen Einträge in Datenbanken, die jedes Land seit den 1950er Jahren separat geführt hatte.

Die Wissenschaftler waren auf Drängen des *Secretariat of the Pacific Community* zusammengekommen, das sich von der zukünftigen Zusammenarbeit der Fischfangnationen Aufschlüsse über die Bestandsentwicklung der Thunfische im Pazifischen Ozean erhofft. Die Ergebnisse des Datenabgleichs sollen beim Treffen der *Western and Central Pacific Fisheries Commission* im August des Jahres in Pohnpei veröffentlicht und besprochen werden. (*Radio Australia* 12.02.15)

Visa-Erleichterungen für Pazifik-Insulaner

Ende des Jahres hat Indien die Einreisebestimmungen für Bürger u.a. aus den Pazifikstaaten vereinfacht. Diese können ab sofort online ein für 30 Tage gültiges Touristen-Visum beantragen. Auch die Visumsgebühren können online überwiesen werden. Damit entfällt für Reisende aus insgesamt 43 Staaten der Gang zur indischen Botschaft in ihrem Heimatland. (<https://indianvisaonline.gov.in/>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Hohe Korruption

Nach einer Studie der nichtstaatlichen Organisation *Transparency International* (TI) wird die Korruption in Papua-Neuguinea als besonders drastisch wahrgenommen. Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von TI wird PNG für das Jahr 2014 mit einem Index von 25 auf Platz 145 von insgesamt 175 untersuchten Ländern gelistet.

Info: Der Korruptionswahrnehmungsindex wird seit 1995 in rund 180 Ländern von TI erhoben. Er listet Länder nach dem Grad auf, in dem dort Korruption bei Amtsträgern und Politikern wahrgenommen wird. Es ist ein zusammengesetzter Index, der sich auf verschiedene Umfragen und Untersuchungen stützt, die von mehr als zehn unabhängigen Institutionen durchgeführt werden. Dazu werden auch Geschäftsleute sowie Länderanalysten befragt und Umfragen mit Experten im In- und Ausland miteinbezogen. Der Index geht von 0 bis 100, wobei 100 die geringste Wahrnehmung von Korruption anzeigt und somit das bestmögliche Ergebnis ist. Angeführt wird die Liste für das zurückliegende Jahr von Dänemark (Rang 1), Neuseeland (2) und Finnland (3). Der polynesischen Inselstaat Samoa kam auf den 50. Rang. Das Schlusslicht des Index bilden der Sudan, Nordkorea und Somalia. (*Post-Courier* 04.12.14, <http://www.transparency.org/cpi2014/results>, Wikipedia)

Neues Flüchtlingslager im Gefängnis

Die Regierung von Papua-Neuguinea lässt im Gefängnis von Bomana nahe der Hauptstadt Port Moresby eine eigene Abteilung für die von Australien abgelehnten Asylbewerber bauen. Das erklärte der australische Einwanderungs-

minister Scott Morrison Ende letzten Jahres. Es handele sich bei dem Bau um eine so genannte „Immigration Transit Facility“. Darüber habe man ein Abkommen mit der neuguineischen Regierung geschlossen, erklärte der Minister. Diese will fortan die bisher im Flüchtlingslager auf der Insel Manus (PNG) untergekommenen Flüchtlinge nach einem abschlägigen australischen Asylbescheid von Manus nach Bomana verlegen, um in Manus Kapazitäten für neu ankommende Flüchtlinge zu schaffen. In Bomana sollen die Flüchtlinge bis zur endgültigen Abschiebung in ihre Heimatländer in Haft verbleiben, erklärte der Minister weitere Einzelheiten des „Regional Resettlement Arrangement“ zwischen Australien und Papua-Neuguinea.

Mit dem Anbau an das Gefängnis von Bomana soll zügig begonnen werden. Man werde darauf achten, die abgelehnten Asylbewerber strikt von den „normalen“ Gefangenen zu trennen, erklärte ein Sprecher der neuguineischen Einwanderungsbehörde.

Bisher betreibt die *International Organisation of Migration* (IOM) bereits ein Transit-Büro in Port Moresby. Hierhin werden Asylbewerber aus Manus verlegt, die freiwillig in ihre Ursprungsländer zurückkehren wollen. Die Asylbewerber müssen nicht in dem Gebäude der IOM bleiben, sondern können sich in Port Moresby frei bewegen, während sie auf ihre Papiere zur Rückführung warten. (*ABC News 01.12.14*)

Mangelhafte Gesundheitsfürsorge

Nach Angaben von Gesundheitsexperten wird sich die Gesundheitssituation nach der Einführung der kostenlosen Basisgesundheitsfürsorge im Februar letzten Jahres erneut verschlechtern. Viele Kliniken seien finanziell von den Beiträgen der Patienten abhängig, da sie keine Subventionen von der Regierung bekämen, hieß es aus Expertenkreisen. Diese hatten erst kürzlich in der Hauptstadt Port Moresby die Studie „A lost decade:

Service Delivery and Reforms in Papua New Guinea 2002-2012“ vorgestellt. Diese Studie zur Gesundheitssituation war gemeinsam vom *National Research Institute* des Staates Papua-Neuguinea und dem *Development Policy Centre* an der *Australian National University* in Auftrag gegeben worden. Für die Studie war die Situation in 142 sogenannten „Health Posts“, kleineren Gesundheitsstationen im ländlichen Raum, untersucht worden. Dazu hatten die Autoren die Situation im Jahr 2002 mit der Situation im Jahr 2012 verglichen. So konnten sie beispielsweise einen Rückgang der Patientenzahlen um 19 % feststellen. Außerdem sei ein Rückgang der auf den Stationen vorhandenen Medikamente um 10 % beobachtet worden. In nur 20 % aller Gesundheitsstationen gab es Matratzen für die Bettgestelle aus Metall, nur 50 % der Kliniken hatten täglich sauberes Wasser zur Verfügung. 75 % des befragten medizinischen Personals gab an, einen Teil des privaten Lohns für die Anschaffung dringend benötigter Medikamente und Materialien zu nutzen.

Da 29 % aller Gesundheitsstationen rein von den privaten Beiträgen der Patienten abhängig gewesen seien, müssten diese Stationen eigentlich mit Einführung der kostenlosen Behandlung schließen, hieß es nun seitens der Autoren der Gesundheitsstudie. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Basis-Gesundheitsfürsorge in PNG absolut mangelhaft sei. Sie empfehlen den Ausbau von Krankenhäusern und Gesundheitsstationen unter kirchlicher Trägerschaft, da für diese mehr Geld und besser ausgebildetes Personal zur Verfügung stünden. Kirchliche Kliniken böten auch ein breiteres Leistungsspektrum. Für die staatlichen Gesundheitsstationen empfehlen die Autoren bessere Verwaltungsstrukturen, mehr Transparenz sowie eine Verjüngung und Qualifizierung des medizinischen Personals (*Radio Australia 30.10.14*, http://passthrough.fwnotify.net/download/892223/http://www.nri.org.pg/publications/Recent%20Publications/2014%20Publications/pepe_summaryreport.pdf)

Premier äußert sich zur Situation in Westpapua

Bei seiner Neujahrsansprache vor dem *PNG Leader's Summit* in Port Moresby Anfang des Jahres hat Premierminister Peter O'Neill überraschend erklärt, die Regierung wolle sich zukünftig für die Menschenrechtssituation in Westpapua einsetzen. Jetzt sei die Zeit gekommen, sich für die Brüder und Schwestern auf der anderen Seite der Grenze zu engagieren, sagte der Premier. Täglich werde man über Bilder in den sozialen Netzwerken mit den Gräueltaten des indonesischen Militärs an den Papuas konfrontiert und man habe eigentlich die moralische Verpflichtung, öffentlich für die Menschen einzustehen, die unter Androhung von Gewalt zum Schweigen gebracht würden.

Bis dato vertrat Papua-Neuguinea die Ansicht, Westpapua sei ein integraler Bestandteil von Indonesien, in dessen innere Angelegenheiten man sich keinesfalls einmischen werde. Stellungnahmen der Regierung zu Menschenrechtsverletzungen in Westpapua hat es deshalb bisher nicht gegeben.

Die Äußerungen des Premiers sorgten für Irritationen bei der indonesischen Regierung. Deren Außenminister wandte sich mit einer Anfrage an den neuguineischen Außenminister Rimbink Pato. Aus Sorge um wirtschaftliche Sanktionen ruderte der Premier daraufhin zurück und ließ über seinen Regierungssprecher verlauten, man werde sich nach wie vor nicht in die inneren Regierungsangelegenheiten des Nachbarstaates einmischen.

Westpapuanische Unabhängigkeitsbefürworter und internationale Menschenrechtsgruppen, die sich in den sozialen Medien zunächst sehr erfreut über die Stellungnahme des neuguineischen Premiers gezeigt hatten, zeigten sich enttäuscht über den erneuten Sinneswandel. Sie forderten den Premier auf, klar Stellung zu den Menschenrechtsverletzungen in Westpapua zu beziehen. (*Radio Australia 06.02.15, 09.02.15*)

Moderne Familienplanung

Der neuguineische Planungsminister Charles Abel hat Anfang Februar den Start einer neuen Regierungskampagne angekündigt. Man habe eine neue Strategie zur Familienplanung entwickelt, so der Minister. Im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum - derzeit geht der Zensus von 7,3 Millionen Einwohnern aus - sei es nun an der Zeit, die Geburtenrate zu senken. Er wolle deshalb allen Frauen den Vorschlag unterbreiten, nur noch maximal drei Kinder zu gebären. Zwar werde die Regierung keine bindende „3 Kinder-Politik“ einführen, sie werde aber durch Aufklärungskampagnen und pragmatische Maßnahmen wie das Verteilen kostenloser Präservative eine niedrigere Geburtenrate fördern. In dörflichen Gesundheitszentren sollen Frauen auch den Zugang zu anderen Verhütungsmethoden wie etwa der „Pille“ erhalten, sagte der Minister. (*Flash d'Océanie* 05.02.15)

Bergbaugigant kauft sich in Minenprojekt ein

Der weltweit agierende Konzern *Anglo American* hat eine geschäftliche Verpflichtungserklärung unterzeichnet und ist damit ein Joint Venture mit dem neuguineischen Bergbaukonzern *Highlands Pacific Limited* eingegangen. *Highlands Pacific* ist im Prozess der Exploration eines neuen Minengebietes in den Star Mountains, rund 20 Kilometer nördlich von der Mine Ok Tedi in der Provinz West Sepik gelegen. Der Bergbaukonzern eruiert seit dem Jahr 2009 die Gold- und Kupfervorkommen in diesem ressourcenreichen Teil von Papua-Neuguinea und hat bis dato rund 25 Millionen US-Dollar in die Exploration investiert. Auf dem 515 Quadratkilometer großen Gebiet wurden 17 Gold- und Kupferfelder entdeckt, bei sechs davon gab es Probebohrungen.

Anglo American hat signalisiert, sich in den nächsten beiden Jahren mit zehn Millionen US-Dollar an dem Minenprojekt beteiligen zu wollen. Bei Erfolg will der Konzern

in den nächsten vier Jahren bis zu 25 Millionen Dollar investieren und sich so zunächst 15 % der Anteile an der Mine sichern. Sollten weit-aus größere Goldvorkommen als bisher angenommen entdeckt werden, will *Anglo American* seine Aktienanteile auf 51 % aufstocken. Längerfristig kann *Anglo American* seine Anteile auf 80 % erhöhen, wenn sich der Konzern innerhalb der nächsten 15 Jahre zu einer Machbarkeitsstudie (*Bankable Feasability Study*) entschließt und diese auch finanziert.

Info: Der 1917 gegründete Konzern *Anglo American* engagiert sich weltweit im Bergbau und in der Verarbeitung von Rohstoffen. Die Hauptsitze befinden sich in London und in Johannesburg. Das Unternehmen beschäftigt rund 209.000 Mitarbeiter und ist das drittgrößte seiner Art. Der Bergbausektor ist vor der Papier- und Verpackungsherstellung sowie der Metallveredelung das Kerngeschäft von *Anglo American*. (<http://www.highlandspacific.com/current-projects/star-mountains>, <http://www.angloamerican.com>, PNG Mine Watch 11.02.15/)

Betelnuss-Verbot teilweise aufgehoben

Premierminister Peter O'Neill hat Anfang Februar das im *National Capital District* geltende Betelnuss-Verbot gelockert. Nach der Erschießung eines illegalen Betelnuss-Verkäufers auf dem Wochenmarkt von Hanuabada und den daraus resultierenden Unruhen erklärte der Premier, er werde zukünftig auf den Wochenmärkten einen Verkaufsstand für Betelnüsse genehmigen. Als Pilotprojekt wählte der Premier den Markt bei Koki, der kürzlich erst renoviert worden war. O'Neill sicherte den Markt-Beschickern 2,5 Millionen Kina Unterstützung für den Bau eines Verkaufsstandes am Rande des Marktes zu. Auch zukünftig seien jedoch das Kauen von Betelnüssen und das Ausspucken des roten Saftes auf öffentlichen Straßen und Plätzen bei Strafe verboten. Das Verbot gelte auch für alle öffentlichen Einrichtungen

und Ämter, betonte der Premier. Der Gouverneur des Hauptstadtbezirkes habe bei der Erlassung des Verbots nur die Gesundheit der Betelnusskonsumenten im Blick gehabt, nahm der Premier den Gouverneur in Schutz. Der Provinzgouverneur hatte zum 1. Januar 2014 den Verkauf und Konsum von Betelnüssen in der Hauptstadt verboten. (*Post-Courier* 05.02.15)

Sicheres Dorf für Homosexuelle

Homo- und bisexuelle Menschen, vor allem Männer, haben im Dorf Hanuabada nordwestlich des Stadtzentrums der Hauptstadt Port Moresby einen sicheren Platz zum Leben gefunden.

Homosexualität ist in Papua-Neuguinea gesetzlich verboten, ein Verstoß kann mit bis zu 14 Jahren Haft geahndet werden. Homo- und bisexuelle Menschen werden gesellschaftlich geächtet und oft körperlich misshandelt.

In den letzten Jahren hat sich daher Hanuabada zu einem Zufluchtsort für sexuelle Minderheiten entwickelt. Über das Leben dort hat der russisch-portugiesische Fotograf und Dokumentarfilmer Vlad Sokhin nun einen Film gedreht: „Guavas and Bananas: Living Gay in PNG“ lief erstmals öffentlich im Rahmen des fünften *Human Rights Film Festival* Ende letzten Jahres. Für seinen Film interviewte Sokhin auch die „Gelegele“ (Tok Pisin für „gay men“), biologische Männer, die sich wie Frauen kleiden und auch Aufgaben von Frauen in den Familien übernehmen, wie etwa das Wäschewaschen und das Kochen. Sokhin begleitete die Dorfbewohner auch zu so genannten „Gay Nights“ in die Clubs und Diskotheken von Port Moresby. (*Radio Australia* 08.10.14, <http://www.vladsokhin.com/work/guavas-and-bananas-living-gay-in-papua-new-guinea/>)

Überführung amerikanischer Soldaten

Die sterblichen Überreste von im Zweiten Weltkrieg gefallenen amerikanischen Soldaten sind Ende

letzten Jahres in die Vereinigten Staaten von Amerika überführt worden. Davor fand am internationalen Flughafen von Port Moresby, dem *Jackson International Airport*, eine feierliche Trauerfeier im Beisein des amerikanischen Botschafters Walter North statt.

Eine amerikanische Bergungs- und Rückführungsmission der Organisation „Joint Prisoners of War/Missing in Action- Accounting Command“ (JPAC) hatte dazu mit Unterstützung der neuguineischen Streitkräfte und mit Historikern des *National Museum* im Hafenbecken vor Rabaul auf der Insel Neubritannien nach sterblichen Überresten von Soldaten getaucht. Auch 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Taucher im Simpsons Harbour menschliche Überreste finden. Diese wurden nun auf die amerikanische Militärbasis nach Honolulu (Hawai'i) ausgeflogen, wo DNA-Proben Aufschluss über die Identität der Toten geben sollen.

US-Botschafter Walter North erklärte, für viele amerikanische Familien sei es eine Erleichterung, endlich schwarz auf weiß Gewissheit über den Tod eines Familienangehörigen zu bekommen.

Info: Die Zahl vermisster US-Soldaten (Gefallene und Kriegsgefangene) beträgt gegenwärtig rund 88.000, davon rund 78.000 aus dem Zweiten Weltkrieg, rund 8.000 aus dem Koreakrieg und rund 2.000 aus dem Vietnamkrieg. Für etwa die Hälfte der Vermissten bestehen Aussichten auf eine Auffindung und Identifizierung. (*Post-Courier* 18.12.14, *Wikipedia*)

BOUGAINVILLE

Neue Zeitzone sorgt für Ärger bei Behörden

Zum 28. Dezember 2014 hat die autonome Provinz Bougainville eine neue Zeitzone eingeführt, die *Bougainville Time Zone* (BST). Wenn es auf Festland-Neuguinea 6:45 Uhr morgens ist, ist es auf Bougainville nun 7:45 Uhr morgens. Die Zeitverschiebung sorgt

für Ärger bei den Angestellten im Öffentlichen Dienst. Nach Angaben eines Regierungssprechers haben sich die Angestellten in den Behörden noch nicht auf den neuen Arbeitsbeginn um viertel vor acht Uhr eingestellt und nehmen ihre Arbeit daher erst wie gewohnt gegen kurz vor neun Uhr morgens auf. Bürger, die Behördengänge erledigen müssten, ständen frühmorgens nun oft vor verschlossenen Türen oder trafen nur das Reinigungspersonal an, bemängelte der Sprecher. Man habe die Zeitzone geändert, um mit den Behörden in PNG enger zusammenarbeiten zu können, hieß es. Bougainville hat jetzt die gleiche Zeitzone wie die benachbarten Salomonen. In Bougainville ist es jetzt zehn Stunden später als in Deutschland. (*PNG Facts* 28.12.14, *Post-Courier* 21.01.15)

Wiedereröffnung des Flughafens

Rund 3.000 Menschen haben Ende letzten Jahres die Wiedereröffnung des Flughafens Aropa nahe der Stadt Arawa gefeiert. Der Flughafen wurde von Premierminister Peter O'Neill und dem Präsidenten des Provinzparlaments, Dr. John Momis, eingeweiht.

Aropa Airport (auch: Kieta Airport) war vor 23 Jahren wegen des Bürgerkrieges auf Bougainville geschlossen worden. Im Februar 2012 hatten sich die Landeigner des verwahrlosten Fluggeländes dazu entschlossen, den Flughafen wieder Instand zu setzen. (*Post-Courier* 15.12.14)

Australische Unterstützung

Die australische Regierung unterstützt die autonome Provinz Bougainville in diesem Jahr mit 120 Millionen Kina (ca. 40 Millionen Euro). Das gab die australische Außenministerin Julie Bishop bei ihrem vorweihnachtlichen Besuch in Arawa bekannt. Bishop besuchte bereits zum zweiten Mal in ihrer Amtszeit die Inselgruppe. Dabei betonte sie die engen freundschaftlichen Beziehungen zwi-

schen Australien und Bougainville. Sie sei beeindruckt, wie sehr sich die Menschen um den Wiederaufbau des Landes bemühten nach dem Ende des zehnjährigen Bürgerkriegs. Australien sei ein starker Partner und werde sich auch zukünftig für die Verbesserung der Bildungs- und Gesundheitssituation in Bougainville einsetzen, so die Ministerin. (*Post-Courier* 17.12.14)

SALOMONEN

Grundsteinlegung für zweites Hafenbecken

Ende Januar fand die Grundsteinlegung am neuen internationalen Hafen von Honiara statt. Die Arbeiten zum Bau eines 150 Meter langen und 180 Meter tiefen Hafenbeckens laufen bereits seit Oktober 2014. Im September nächsten Jahres soll das neue Hafenbecken in Betrieb genommen werden. Es soll das bereits bestehende Hafenbecken ergänzen.

Die feierliche Grundsteinlegung wurde von Premierminister Manasseh Sogavare und dem japanischen Botschafter für die Salomonen, Kenichi Kimiya, vorgenommen. Die staatliche japanische Entwicklungshilfeorganisation *Japan International Cooperation Agency* finanziert den Neubau mit 25 Millionen US-Dollar.

Durch den Bau eines zweiten Hafenbeckens sollen zukünftig noch größere Containerschiffe in Honiara anlegen können. Außerdem sollen die Liegezeiten für das Be- und Entladen verkürzt werden, da parallel zwei Containerschiffe einfahren können.

Der Leiter der Hafenbehörde, Ronald Ivupitu, erklärte, die dann existierenden zwei Hafenbecken würden mit ihren modernen Anlegestellen den wirtschaftlichen Aufschwung in der Region begünstigen. (*Solomon Star* 30.01.15, <http://www.sipa.com.sb/>)

NGO nimmt Arbeit auf

Ende letzten Jahres hat das *Women Right's Action Movement* (WRAM) in Honiara die erfolgreiche Registrierung als Nichtregierungsorganisation unter dem „Charitable Act“ der Salomonen gefeiert. In der WRAM haben sich Frauen und Männer zusammengesetzt, die sich für Geschlechtergerechtigkeit und Bildungschancen für Mädchen einsetzen wollen. Die NGO gibt es bereits seit August 2012, bis dato gab es jedoch noch keine Möglichkeiten, um mit der eigentlichen Arbeit anzufangen. Das machte nun die finanzielle Unterstützung durch die *International Women's Development Agency* möglich.

Die neue Organisation verfügt über ein Büro in der Hauptstadt Honiara und hat zwei Angestellte eingestellt. Sie sollen den von der Mitgliederversammlung beschlossenen Dreijahres-Aktionsplan umsetzen. Die nächste Mitgliederversammlung findet bereits im Mai 2015 statt. Präsidentin von WARM ist die ehemalige Parlamentarierin Rose Isukana, Vizepräsidentin ist Afu Billy. (SIBC 11.12.14, *Solomon Star* 13.12.14)

„Ekelbilder“ auf Zigarettenpackungen

Zum 1. Januar haben die Salomonen ihre Anti-Raucher-Kampagne intensiviert und das Erscheinungsbild von Zigarettenpackungen verändert. Ab sofort müssen per Gesetz auf der Vorder- und Rückseite der Packungen so genannte „Ekelbilder“ in Farbe abgedruckt werden. Dabei handelt es sich um Fotos von Teerlungen, Schäden an Neugeborenen und Krebspatienten. Die sechs unterschiedlichen Motive wurden von einer Arbeitsgruppe aus dem Gesundheitssektor erarbeitet, die aus Rauchern und Nicht-Rauchern bestand.

Das Gesundheitsministerium hat strenge Kriterien für Zigarettenpackungen festgelegt. So muss das Foto auf der Vorderseite der Packung 70 % der Fläche einneh-

men, auf der Rückseite nimmt das Foto immerhin noch 30 % der Fläche ein. Die neue Regel betrifft jede Zigarettenmarke. Sie ist Bestandteil einer groß angelegten Anti-Raucher-Kampagne, die bereits 2010 mit dem „Solomon Islands Tobacco Control Act“ ins Leben gerufen wurde und 2013 mit dem „Tobacco Control Regulations Act“ erneut verschärft wurde. Die Gesetze regeln u.a. das Rauchverbot im gesamten öffentlichen Nahverkehr sowie auf dem Markt von Honiara.

Der salomonische Gesundheitsminister Dr. Tautai Angikimua Kaitu'u erklärte, die Regierung tue viel, um die Bevölkerung über die Gefahren des Tabakkonsums aufzuklären. Man arbeite dafür auch eng mit der Tabakindustrie zusammen. Große, auch finanzielle Unterstützung, erfahre man von der Weltgesundheitsorganisation und deren Programm zur Beschränkung des Tabakkonsums. (*Solomon Star* 22.01.15)

Neue Frauenzeitschrift

Mitte Februar ist die erste Ausgabe der „*Solomon Women Newspaper*“ auf dem Zeitungsmarkt erschienen. Die einzige Frauenzeitschrift der Salomonen erscheint zukünftig immer mittwochs. Herausgegeben wird die Zeitschrift von Carol-Anne Galo und ihrem vierköpfigen Redaktionsteam. Dieses gibt auch die Wochenzeitung „*Sunday Isles*“ heraus. (*Radio Australia* 12.02.15)

FIDSCHI

Regierung will neue Landesflagge ohne „Union Jack“ einführen

Die fidschianische Regierung will die Flagge des Landes ändern und insbesondere den britischen „Union Jack“ entfernen. Dies gab Premierminister Voreqe Bainimarama Anfang Februar bekannt. Wenn es nach der Regierung geht, soll die neue Flagge bereits zum 45. Unabhängigkeitstag am 10. Oktober gehisst werden. Die Opposition

bemängelt, dass es deutlich wichtigere Themen als die Änderung der Flagge geben würde, beispielsweise die Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit. Die Möglichkeit einer Revision der Flagge sei lediglich ein politischer Nebenschauplatz, sagte beispielsweise der Vorsitzende der oppositionellen *National Federation Party* (NFO), Professor Biman Prasad. Gleichzeitig fordert die Opposition für den Fall einer möglichen Änderung der Landesflagge ein landesweites Referendum. Die Regierung hat zwar einen inklusiven Prozess zur Auswahl einer neuen Flagge angekündigt, nicht jedoch ein Referendum. So können Vorschläge für eine neue Flagge eingereicht werden, die von einer Kommission gesichtet werden sollen, der auch von der fidschianischen Opposition nominierte Mitglieder angehören sollen. Laut Ansicht der fidschianischen Regierung hat diese Kommission allerdings nicht die Möglichkeit, gegen eine Flaggenänderung und für die Beibehaltung der derzeitigen Flagge zu votieren. Die Änderung der Flagge ist demnach also bereits beschlossen, lediglich über das Design der neuen Flagge darf die Kommission noch entscheiden.

Premierminister Bainimarama sagte, die bisherige fidschianische Flagge habe dem Land gute Dienste geleistet – und nicht zuletzt sei es die Flagge, unter der auch fidschianische Soldaten bei Einsätzen gestorben seien. Dennoch spiegele sie die heutigen Gegebenheiten des Landes und die nationale Identität nicht mehr wider, sondern sei ein koloniales Relikt. Der britische Botschafter in Fidschi, Rodderick Drummond, sagte, die Entscheidung über eine Änderung der Flagge sowie die Entfernung des britischen „Union Jack“ sei einzig und alleine die Entscheidung der fidschianischen Regierung und des fidschianischen Volkes. Man werde die Diskussion daher interessiert verfolgen und sei gespannt, wie das Ergebnis aussehe, werde aber nicht in Diskussionen eingreifen. Die guten Beziehungen zwischen Fidschi und Großbritannien seien von den Überlegungen nicht betroffen.

Vielmehr seien für das laufende Jahr weitere Staatsbesuche auf hoher politischer Ebene geplant.

Hintergrund: Nicht nur in Fidschi, sondern auch in anderen pazifischen Staaten, wird immer wieder über die Änderung der Flagge diskutiert. In Neuseeland gibt es bereits seit mehreren Jahren Bestrebungen, ein Referendum über die Änderung der Flagge durchzuführen. Diese Bemühungen erhalten durch den konservativen neuseeländischen Premierminister John Key Auftrieb, der als Befürworter einer neuen Flagge gilt. 2015 und 2016 sollen Referenden in Neuseeland stattfinden. Ebenso wurde vor dem 50-jährigen Unabhängigkeitsjubiläum in Samoa im Jahr 2012 über die Möglichkeit einer neuen Flagge diskutiert. Die damalige Regierung von Tuvalu änderte 1996 die Flagge des Landes und entfernte den britischen „Union Jack“, bereits 1997 kehrte das Land jedoch unter einer neuen Regierung zur ursprünglichen und bis heute gültigen Version der Flagge zurück. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsvorsitzendem Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: ABC 03.02.15, BBC 03.02.15, The Guardian 04.02.15, Fiji Times 06.02.15, Fiji Sun 24.2.15)

Fidschi entschädigt Atomtest-Veteranen

Die fidschianische Regierung hat bekanntgegeben, dass sie fidschianische Atomtest-Veteranen, die vor über 50 Jahren an britischen Atomwaffentests im Pazifik beteiligt gewesen sind, sowie deren Familien für entstandene gesundheitliche Schäden entschädigen will. Dies gab der fidschianische Regierungschef Voreqe Bainimarama Ende Januar 2015 bekannt. Insgesamt sollen etwa 70 Fidschianer in den späten 1950er-Jahren im Dienste der britischen Armee an Atomwaffentests unter dem Namen „Operation Grapple“ auf der heute zu Kiribati gehörenden Insel Kiritimati eingesetzt worden sein. 24 von ihnen leben den Regierungsangaben zur Folge noch. Auch Bainimaramas Vater, Inoke Bainimarama, ist Berichten zur Folge während der Tests auf Kiri-

timati eingesetzt gewesen.

Laut dem Regierungschef wolle die fidschianische Regierung nun insgesamt 2,95 Millionen Fidschi-Dollar (ca. 1,25 Mio. Euro) für die fidschianischen Atomtest-Veteranen bereitstellen. Jeder der noch lebenden Betroffenen soll direkt knapp 10.000 Fidschi-Dollar (ca. 4.300 Euro) erhalten. Zahlreiche der Betroffenen leiden unter Spätfolgen der hohen Strahlungen, welchen sie während der verheerenden Tests ausgesetzt waren.

Bainimarama sagte, mit den nun beschlossenen Kompensationszahlungen schließe man endlich ein unrühmliches Kapitel in der fidschianischen Geschichte. Die fidschianischen Soldaten in der britischen Armee seien damals keineswegs ausreichend über die Tests und mögliche Folgen informiert worden. Fidschi wolle den noch lebenden betroffenen Veteranen, denen großes Unrecht zugefügt worden sei, endlich Gerechtigkeit zukommen lassen. Zu viele der Veteranen seien schon verstorben, ohne dass ihnen in dieser Sache Gerechtigkeit widerfahren wäre. Daher wolle Fidschi nicht länger darauf warten, dass die Briten selbst das Richtige täten und sich für Kompensationszahlungen entscheiden würden, so Bainimarama. Er kritisierte, dass die britische Regierung solche Zahlungen bisher stets verweigert habe. Allerdings lobte er, dass der derzeitige britische Premierminister David Cameron die moralische Herausforderung endlich anerkannt habe und eine möglich Entschädigung zumindest prüfen lassen wolle.

In Großbritannien sind derzeit noch Sammelklagen ehemaliger britischer bei Atomwaffentests eingesetzter Soldaten aus verschiedenen Ländern, darunter auch Fidschi, zur Erhöhung der Pensionen anhängig. In der Vergangenheit waren ähnliche juristische Bemühungen in Großbritannien allerdings stets gescheitert. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsvorsitzendem Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: Neue Zürcher Zeitung 02.02.15, The Guardian 30.01.15, Deutsche Welle 27.01.15, Radio New Zealand International 27.2.15)

Streit über Bedeutung von Fiji Airways für Tourismus - Deutscher Manager wechselt zu Air Berlin

Die fidschianische Regierung und Opposition streiten über Investitionen im Bereich der Luftfahrt und insbesondere um die strategische Bedeutung der nationalen Fluggesellschaft *Fiji Airways* (ehemals: Air Pacific) für die Tourismusindustrie des Landes. Der Vorsitzende der oppositionellen *National Federation Party* (NFP), Professor Biman Prasad, kritisierte, dass die Regierung einen zu großen Fokus auf die Fluggesellschaft *Fiji Airways* lege und dabei das übergeordnete Ziel einer grundsätzlichen Steigerung der Zahl ausländischer Gäste in Fidschi aus den Augen verliere. *Fiji Airways* hat sich in den vergangenen Jahren mit staatlicher Unterstützung neu strukturiert und im Zuge der Umbenennung in *Fiji Airways* zahlreiche Reformen durchgeführt. Der Staat bemüht sich darum, der Fluggesellschaft beispielsweise durch ein neues Logo oder ein neues Design der Flugzeuge ein neues Image zu geben, welches auch die nationale Identität Fidschis stärken soll.

Prasad fordert unter anderem eine Liberalisierung des heimischen Flugmarktes mit dem Ziel, auch potentiellen weiteren fidschianischen Fluggesellschaften eine wirtschaftliche Chance zu geben. Dem stehe derzeit die starke Förderung von *Fiji Airways* entgegen. Die fidschianische Regierung verteidigte ihre Politik hingegen vehement und warf Prasad Unwissenheit vor. Für den Fall einer Liberalisierung des heimischen Marktes fürchtet sie einen möglichen Bankrott von *Fiji Airways*, während neue kleinere fidschianische Fluggesellschaften dennoch nicht mit der internationalen Konkurrenz mithalten könnten. Dies würde aus Sicht der Regierung dazu führen, dass ein geringerer Anteil der Ausgaben von Touristen für ihre Reisen nach Fidschi tatsächlich im Land bleiben würden, da Einnahmen aus dem Lufttransport vermehrt an ausländische Flugge-

sellschaften gehen könnten. Laut Fidschis Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum, der auch für staatliche Unternehmen zuständig ist, blieben derzeit etwa 60 %-65 % jedes Dollars, der von einem Touristen im Kontext einer Fidschi-Reise ausgegeben wird, tatsächlich in Fidschi. Der übrige Anteil geht beispielsweise an ausländische Agenturen, aber auch an ausländische Fluggesellschaften, deren nicht aus Fidschi kommenden Zulieferern für Essen und weitere Produkte. Ziel der Regierung sei es nach Angaben von Sayed-Khaiyum, die Höhe der in Fidschi verbleibenden Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft weiter zu steigern. Zu einer Steigerung sollen in Zukunft auch Initiativen für die Herstellung von lokalen Produkten in Fidschi beitragen, damit beispielsweise Hotels auf lokal produzierte Produkte anstatt auf Importe zurückgreifen können.

Maßgeblich vorangetrieben wurde der Reform- und Internationalisierungsprozess von *Fiji Airways* in den vergangenen Jahren von dem deutschen Manager Stefan Pichler, der Anfang 2015 als Vorstandschef zu *Air Berlin* wechselte. Bei seiner Verabschiedung in Fidschi am 23. Februar 2015 unterstrich er die Bedeutung der Reformen in den vergangenen Jahren. Sie hätten dazu geführt, dass 2014 das bisher erfolgreichste Jahr der Fluggesellschaft gewesen sei. Sie habe sowohl den größten je gemachten Gewinn eingefahren als auch die meisten Passagiere in ihrer Geschichte befördert. 2014 sind mehr als die Hälfte der ausländischen Touristen mit *Fiji Airways* in das Land eingereist. Die größten Konkurrenten sind derzeit die Fluggesellschaften *Pacific Blue* und *Air New Zealand* mit etwa einem Viertel bzw. einem Fünftel des Anteils von *Fiji Airways*. Die verbleibenden Anteile verteilen sich auf unzählige kleinere Fluggesellschaften aus dem Pazifik oder aus Asien. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsvorsitzendem Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: *Islands Business Online* 16.02.15, *Fiji Live* 16.02.15, *Fiji Sun* 24.2.15)

Neue US-Botschafterin

Die im September 2014 vom amerikanischen Präsidenten Barack Obama ernannte neue Botschafterin für Fidschi, Judith Beth Cefkin, hat zum 1. Februar ihr Amt in Suva angetreten. Die 61-jährige Diplomatin ist zugleich zur nicht-residentiellen Botschafterin für die Pazifikstaaten Kiribati, Nauru, Tonga und Tuvalu ernannt worden. Sie traf sich zu ihrem Dienstantritt mit dem fidschianischen Präsidenten Ratu Epeli Nailatikau, dem Außenminister Ratu Inoke Kubuabola sowie dem Premierminister Voreque Bainimarama. In ihrer Antrittsrede betonte die neue Botschafterin, dass Fidschi und die USA nicht nur gute Freunde seien, sondern sich auch den Pazifischen Ozean teilten. Die Folgen des Klimawandels, die Bewahrung der Biodiversität und die Ausbeutung von Ressourcen im Ozean seien Herausforderungen, denen sich beide Staaten gleichermaßen stellen müssten.

Info: Judith Beth Cefkin steht seit 1983 in diplomatischen Diensten der USA. Von 2010 bis 2013 war sie Vize-Botschafterin in der amerikanischen Botschaft von Bangkok (Thailand). Ab 2013 bis zu ihrer Ernennung für Fidschi war sie Beraterin im Auswärtigen Amt für Burma. Cefkin gilt als Expertin für die politischen Entwicklungen in Thailand und Burma.

(<http://www.state.gov/r/pa/ei/biog/213516.htm>, *Flash d'Océanie* 04.02.15)

Direktflüge nach China

Mitte Februar hat die fidschianische Fluggesellschaft *Fiji Airways* Direktflüge von und nach Shanghai (China) aufgenommen. Mit dem *Pundong International Airport* wird damit erstmals ein Flughafen im Landesinneren angefliegen, bisher gab es nur Direktflüge aus Hongkong. *Tourism Fiji* verbucht seit Jahren einen Zuwachs an chinesischen Touristen. Kamen im Jahr 2010 nur knapp 18.000 Besucher jährlich aus China nach Fidschi, so waren es im vergangenen Jahr bereits 28.333. Für das laufende Jahr gehen Tourismusfachleute von

30.000 Besuchern aus. Die meisten chinesischen Touristen buchen pauschal eine Kreuzfahrt über den fidschianischen Anbieter „Rosie Holidays“ und gehen in Suva an Bord der Schiffe. (*Fiji Times* 11.02.15, <http://www.rosiefiji.com/de/>)

VANUATU

† Jean-Marie L  y  

Am 9. Dezember 2014 starb im Alter von 82 Jahren Jean-Marie L  y  . Er war von 1994 bis 1999 Präsident von Vanuatu und der erste und bis dato einzige frankophone Präsident an der Spitze des seit 1980 unabhängigen Staates Vanuatu, ein ehemaliges britisch-französisches Kondominium.

Info: Jean-Marie L  y   Lenelcau Manatawai wurde 1932 auf der Insel Aneityum im Süden des Archipels geboren. Nach dem erfolgreichen Schulabschluss auf französischen Schulen wurde er 1957 zum Präsidenten des Lokalrates seiner Heimatinsel gewählt. In dieser Funktion engagierte er sich für die Unabhängigkeit Vanuatus. Als Vizepräsident der frankophonen Partei *Union des Partis Mod  r  s* wurde er 1983 erstmals in die gesetzgebende Versammlung gewählt. Von 1994 bis 1999 war er Präsident. Im November 1997 löste er nach zweijähriger politischer Instabilität und Stillstand die Gesetzgebende Versammlung auf und rief zugleich Neuwahlen aus, die im März 1998 Donald Kalpokas als Premierminister an die Macht brachten. (*Flash d'Océanie* 10.12.14, *Wikipedia fr.*, *Vanuatu Daily Post* 10.12.14)

KANAKY (NEUKALÉDONIEN)

Steigende Studentenzahlen aus Vanuatu an der Uni

Gut 100 Ni-Vanuatu studieren im französischen   berseegebiet Neukaledonien. Die Zahl steigt seit Jahren konstant an, obwohl seit 2002 ein franz  sischsprachiges Studium auch in Vanuatu möglich ist.

Die *Université de la Nouvelle-Calédonie* (UNC) wurde 1987 als Teil der *Université du Pacifique* gegründet und wurde 1999 als UNC eigenständig. Zurzeit sind ca. 2.500 Studierende an der UNC eingeschrieben. Die Universität Neukaledonien nimmt am europäischen Austauschprogramm Erasmus teil, und besitzt unter anderem Verträge mit den deutschen Universitäten in Konstanz und Bremen.

Am 23. Februar 2015 wurde der vierte Kooperationsvertrag zwischen Vanuatu und Neukaledonien unterzeichnet. Das Abkommen sieht finanzielle Zuschüsse für kleine Kooperationsprojekte zwischen den wirtschaftlich ungleichen Ländern vor. Während sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Vanuatu im Jahr 2012 auf 3.040 US-\$ belief, betrug es in Neukaledonien 38.869 US-\$.

Die Kooperation zwischen den beiden Ländern zeigt sich unter anderem an der steigenden Zahl von Studierenden aus Vanuatu in Neukaledonien, deren Lebensbedingungen sich im Laufe der Jahre verbessert haben. Im Studentenwohnheim auf dem Campus der Universität sind 50 Plätze für sie reserviert, in der Stadt von Nouméa sind es nochmal 70 Plätze. Auch verfügen sie im Gegensatz zu früher über eine Sozialversicherung. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Dr. Matthias Kowasch, Bremen. Quellen: <http://nouvellecaledonie.la1ere.fr>, 24.02.2015, <https://data.un.org/CountryProfile.aspx?crName=Vanuatu>, <https://data.un.org/CountryProfile.aspx?crName=NEW%20CALEDONIA>)

Regierungskrise

Das französische Überseegebiet Neukaledonien befindet sich seit Ende 2014 in einer Regierungskrise. Mitte Dezember hatte die Regierungspartei *Rassemblement UMP*, eine der drei rechtsgerichteten Parteien, welche die Unabhängigkeit des Landes ablehnen, die Einführung neuer Steuern blockiert. Im August 2014 hatten Vertreter der Politik, der Gewerkschaften und aus der Privatwirtschaft ei-

ne Sozial- und Steuer-Agenda beschlossen, um die Wirtschaft Neukaledoniens zu modernisieren und konkurrenzfähiger zu machen.

Die Ablehnung neuer Steuern hat im Dezember zum Rücktritt dreier Minister des Kabinetts geführt, woraufhin die gesamte Regierung zurücktrat. Am 31. Dezember wurde eine neue Exekutive vom Kongress gewählt, welche die gleiche Parteienzusammensetzung wie das alte Kabinett aufwies. Das Kabinett wird nach einem Proportionalwahlrecht vom Kongress gewählt und umfasst elf Mitglieder. Bereits in der alten Regierung sind es sechs „Unabhängigkeitsgegner“ und fünf „Unabhängigkeitsbefürworter“ gewesen. Auf einen neuen Regierungschef hingegen konnte man sich aufgrund von Meinungsverschiedenheiten unter den drei rechtsgerichteten Parteien nicht einigen. Seit Ende Dezember ist das Kabinett nun ohne Regierungschef, der von den Regierungsmitgliedern spätestens fünf Tage nach ihrer Wahl bestimmt wird.

Die alte Regierungschefin Cynthia Ligeard war erst seit dem 5. Juni 2014 im Amt gewesen. Der französische Hochkommissar Vincent Bouvier hat am 24. Februar 2015 die elf Kabinettsmitglieder versammelt, um einen neuen Versuch zu unternehmen.

Bei der Einführung neuer Steuern geht es vor allem um die Mehrwertsteuer, die in Neukaledonien bisher nicht existiert. Der Vizepräsident der Gewerkschaft *Medef* bedauerte die Situation und plädierte für die Einführung der Mehrwertsteuer ab dem 1. Januar 2016, doch müssten hierfür Vorbereitungen getroffen werden. Die Abgeordneten sollten sich an die Arbeit machen, forderte der Gewerkschaftssprecher.

In einem Streitgespräch Ende Januar in Paris warf der neukaledonische Abgeordnete Pierre Frogier der französischen Überseeministerin Untätigkeit und das Verschleppen des Problems vor. Der französische Staat solle endlich seine Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig beschuldigte Frogier

die Unabhängigkeitsparteien, für den Sturz der Regierung verantwortlich zu sein. Die in Guadeloupe geborene Überseeministerin George Pau-Langevin antwortete Frogier, dass Neukaledonien einen Autonomiestatus besitze und dass Frankreich die Rechte des Landes nicht einschränken werde. Eine neue Bevormundung käme nicht in Frage. Pau-Langevin appellierte an die Verantwortung der neukaledonischen Minister, sich auf einen neuen Regierungschef zu einigen, um die neukaledonische Einheit nicht zu gefährden.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Dr. Matthias Kowasch, Bremen. Quellen: http://www.tahiti-infos.com/Nouvelle-Caledonie-le-patronat-denonce-la-crise-gouvernementale-locale_a120879.html, http://www.senat.fr/questions/base/2015/qSE_Q15010454G.html, <http://nouvellecaledonie.la1ere.fr/2015/02/25/crise-du-gouvernement-l-appel-l-unite-caledonienne-de-l-uc-232547.html>)

MIKRONESIEN

Italienische Unterstützung für Schutzgebiet

Palau: Italien wird Palau bei der Einrichtung eines landesweiten Marine-Schutzgebietes mit 300.000 US-Dollar unterstützen. Das haben der palauische Präsident Tommy Remengesau und die italienische Ministerin für Umwelt, Land und See, Silvia Velo, am Rande der 69. Vollversammlung der Vereinten Nationen im vergangenen September vereinbart. Die Regierungsvertreter hatten sich bei einer gemeinsam von Italien, Monaco und Palau initiierten und organisierten Veranstaltung getroffen. Bei den Beratungen zum Thema „Healthy Oceans & Seas: Paving the way toward a sustainable development goal“ ging es unter anderem um das palauische Leuchtturmprojekt - die Ausweitung mariner Schutzgebiete auf die gesamten palauischen Hoheitsgewässer innerhalb der exklusiven ökonomischen Zone.

Info: Italien unterstützt Palau im Rahmen eines Partnerschaftsab-

kommens zwischen europäischen Staaten und den Mitgliedsstaaten der *Small Island Developing States* (SIDS). Die Vereinten Nationen hatten bereits 2007 die europäischen Staaten dazu aufgefordert, insuläre Kleinstaaten beim Schutz der Umwelt auf See und Land logistisch, personell und finanziell zu unterstützen. (*Palau Island Times* 16.10.14)

Sammelklage der Landeigner

Guam: Traditionelle Landeigner haben im Januar eine Sammelklage gegen die Regierung von Guam sowie gegen die Firma *A.B. Won Pat Guam International Airport Authority* eingereicht. Die Kläger fordern Kompensationszahlungen für die Nutzung ihres Landes in Tiyan durch die Flughafenbetriebergesellschaft. Nach Angaben der Kläger nutzt der Flughafen seit Jahrzehnten eine Fläche von rund einem Hektar, ohne die Landbesitzer dafür entsprechend entschädigt zu haben.

Laut Regierungsbeschluss kümmert sich die *Ancestral Lands Commission* um die Rückgabe nicht mehr genutzter Flächen an die Landeigner oder ihre Erben. So wurde erst kürzlich das Gelände der aufgelassenen amerikanischen *Naval Air Station* in Agana an die Landeigner zurückgegeben. Im Fall des Flughafens ist die Landkommission jedoch machtlos, denn das entsprechende Gelände ist noch in Betrieb und mit der Landebahn sowie den Flughafengebäuden bebaut. Nach Angaben der Kommission stehen deshalb rund drei Millionen US-Dollar zur Verfügung, um die Landbesitzer zu entschädigen. Das sei eine lächerliche Summe, wettet einer der Kläger, Vicente Crawford. Bereits im Jahr 2000 sei das gesamte Gelände im Besitz der Landeigner auf einen Wert von 51 Millionen US-Dollar geschätzt worden. Crawford bemängelt vor allem die ungerechte Verteilung der bislang geleisteten Kompensationszahlungen. Einige Landeigner seien zwar ausgezahlt worden, andere hätten aber überhaupt nichts bekommen.

Der Landbesitz seiner Familie in Tiyan lasse sich bis auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg nachweisen. Die Flughafengesellschaft habe auf seinem Land Abfertigungshallen errichtet und dafür sei seine Familie nie entschädigt worden, so der Kläger, der sich eine amerikanische Anwaltskanzlei aus San Francisco genommen hat. (*Pacific Daily News* 20.01.15, <https://www.guamairport.com/>)

Rückgabe eines Schädels

Guam: Im Rahmen eines Symposiums an der Universität von Guam haben sich Historiker über die Vor- und Nachteile der Rückgabe eines Schädels ausgetauscht. Der Spanier Manuel Lopez Casquete war eigens nach Guam gereist, um den Schädel seines Vorfahren Manuel de Solórzano zurückzugeben. Pater Solórzano (geb. 25.12.1649 in Badajoz/Spanien) war ein spanischer Missionar und Ordensbruder des katholischen Ordens *Societas Jesu*. 1676 wurde er von seinem Orden zur Missionsarbeit auf die Marianen entsandt. Hier wurde der Jesuit am 23. Juni 1684 im Alter von 34 Jahren getötet. Er war zwischen die Fronten eines Klan-Aufstandes geraten. Bei dem Kampf wurde sein Schädel nahezu vom Rumpf getrennt und seine rechte Hand abgehackt. Der Körper wurde vor Ort begraben, der Schädel zu seinem Vater nach Spanien geschickt.

Casquete brachte den Schädel nun gemeinsam mit rund 200 Seiten handschriftlicher Briefe, Skizzen und Aufzeichnungen nach Guam. Pater Solórzano hatte die Briefe mit seinen Beobachtungen der Lebens- und Glaubenswelt auf Guam und den Marianen an seine spanischen Familienangehörigen geschickt. In den Aufzeichnungen fanden sich auch in das Chamorro übersetzte katholische Gebete. Die Papiere befanden sich seit der Zeit in Familienbesitz und wurden von Generation zu Generation weitergegeben.

Casquete hatte die Briefe und Aufzeichnungen kopiert und diese gemeinsam mit dem Schädel im

Rahmen des Symposiums an den Professor für Anthropologie, David Aienza von der Universität von Guam, überreicht. Die Rückgabe begründete der Spanier damit, dass die Briefe wichtige Informationen über die damalige Zeit enthielten. Sie spiegelten als „*historisches Erbe*“ (Zitat) die spanische Kolonialgeschichte im Norden des Pazifiks wider und gäben Aufschluss über das Leben der Einheimischen zur Kolonialzeit. Die Rückgabe des Schädels seines Vorfahren wollte Casquete als „*Zeichen von Frieden und Versöhnung*“ verstanden wissen. Mit der Rückgabe sei den Mördern seines Vorfahren endgültig verziehen. Das gemeinsame Gebet mit den Nachfahren der damaligen Täter habe Wunden geheilt, so der Spanier. Er war gemeinsam mit dem Historiker Andres Oyola Fabian und dem Forscher José Maria Oyola Perez vom 28. Dezember bis zum 5. Januar nach Guam gereist, um die Wirkungsstätten seines Vorfahren zu besuchen, am Symposium teilzunehmen und den Schädel persönlich zu übergeben. (http://www.guampdn.com/article/20141230/N_EWS01/312300005/Descendant-brings-Spanish-Jesuit-s-skull-back-Guam <http://umatuna.org/who-was-fr-manuel-solorzano>, *Pacific Daily News* 05.01.15)

„Meister des Tanzes“

Guam: Vince J. C. Reyes ist vom *Guam Council on the Arts and Humanities* mit dem Ehrentitel „Master of Chamorro Dance“ (*Sainan Minenhalom Bumailan Chamorro*) geehrt worden. Der pazifische Vertreter in der *Federation of International Dance Festivals* erhielt die Auszeichnung für sein Bemühen um die Bewahrung der traditionellen Tänze der Chamorros. Die Verleihung des Ehrentitels erfolgte in der Schulbücherei der Southern High School in Hagatna, wo Reyes als Lehrer für Tanz und Musik arbeitet. Reyes ist auch Gründungsmitglied der weltweit bekannten Showgruppe *I Gima' Inetnon Gef Pa'go*, die seit 2006 vor allem im westlichen Pazifik und den Anrainerstaaten auf Tournee ist.

Im Rahmen der Preisverleihung an einen sichtlich gerührten und überraschten Reyes sagte Joseph Cameron, Minister für die Angelegenheiten der Chamorro, man werde Reyes als Berater für die neue Abteilung „Tanz und Ausdruck“ am Museum von Guam hinzuziehen. Das 27 Millionen US-Dollar teure *Guam Museum* soll im nächsten Jahr eröffnet werden. In der *Guam and Chamorro Educational Facility* sollen dann auch die Objekte ausgestellt werden, die bereits in dem alten Guam Museum zu sehen waren. Dieses Museum war bereits 1932 erbaut worden, wurde jedoch im Zweiten Weltkrieg zerstört. Viele Objekte wurden in andere Museen gebracht, diese sollen nun nach Guam zurückkehren. (*Pacific Daily News* 18.12.14, 27.01.15, <http://www.guampedia.com/vince-reyes/>)

MARSHALL-INSELN

Ehrendoktor für Präsident

Der Präsident der Marshall-Inseln, Christopher Loeak, hat einen Ehrendoktor von der *Taipei Medical University* in Taiwan bekommen. Außerdem zeichnete ihn der Präsident Taiwans, Ma Ying-jeou, mit dem höchsten zivilen Orden des Landes aus, dem „Order of Brilliant Jade“.

Loeak erhielt die Auszeichnungen für seinen Einsatz für die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Taiwan und den Marshall-Inseln im Gesundheitssektor. Loeak fördert seit Jahren den Austausch von medizinischem Personal zwischen den Staaten. Außerdem vergibt die Regierung Stipendien an junge Marshalliesen für ein Medizinstudium und die Ausbildung als Gesundheits- und Pflegehelfer in Taiwan. (*Marshall Islands Journal* 05.12.14)

Auszeichnung für Jetnil-Kijiner

Kathy Jetnil-Kijiner ist von der Nichtregierungsorganisation *Responding to Climate Change* (RTCC) zur „Climate Woman of

2014“ ernannt worden. RTCC hatte den jährlichen Klimapreis in 16 Kategorien vergeben. Die Marshalleisin ist die erste Person, die diesen Preis erhält. Alle anderen 15 Preise wurden an Firmen, Universitäten und Städte verliehen.

Info: Die 26-jährige Schriftstellerin und Performance-Künstlerin Kathy Jetnil-Kijiner hatte bei der Eröffnungszereemonie des Weltklimagipfels der Vereinten Nationen in Lima (Peru) am 23. September 2014 ihr Gedicht „Dear Matafele Peinam“ vorgetragen. In dem an ihre siebenmonatige Tochter gerichteten mehrstrophigen Werk geht es u.a. um die Folgen des Klimawandels für die Marshall-Inseln.

Jetnil-Kijiner hat einen Masterabschluss in „Pacific Islands Studies“ und arbeitet derzeit als Dozentin am *College of the Marshall Islands*. (<https://kijiner.wordpress.com/2014/09/24/unit-ed-nations-climate-summit-opening-ceremony-my-poem-to-my-daughter/>, *Marshall Islands Journal* 12.12.14)

KIRIBATI

EU-Gelder zugesagt

Anlässlich einer Europareise Anfang Februar hat der seit 2003 amtierende kiribatische Präsident Anote Tong verschiedene Termine wahrgenommen. Im Vatikan traf er sich im apostolischen Palast zu einer kurzen Audienz mit Papst Franziskus, um über die Folgen des Klimawandels für Kiribati zu sprechen. Papst Franziskus plant zu diesem Thema die Veröffentlichung einer Enzyklika vor dem Weltklimagipfel im Dezember dieses Jahres in Paris.

Anschließend reiste Tong weiter nach Brüssel zu Gesprächen mit dem EU-Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Neven Mimica. Dieser sagte ihm die Zahlung von 23 Millionen Euro den Zeitraum von 2014 bis 2020 zu. Mit den EU-Geldern soll die Lebenssituation der I-Kiribati verbessert werden. Vor allem sollen damit Ausbildungs- und Fördermöglichkeiten geschaffen werden, damit junge I-Kiribati als

Fachkräfte qualifiziert sind. Hintergrund der Ausbildungsförderung ist die Gefahr durch Klimawandelfolgen. Sollten die I-Kiribati eines Tages zum Verlassen ihrer Atolle gezwungen werden, sollen sie aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation leichter in anderen Ländern aufgenommen werden. Die Qualifizierung der Einwohner ist Teil der von Präsident Tong entwickelten „Migrate with Dignity“-Politik.

Die erste Tranche dieser Fördergelder aus dem Europäischen Entwicklungsfonds kommt der Insel Kiritimati zugute. Hier soll die touristische Infrastruktur ausgebaut werden, es soll ein Warenumschlagplatz für Kleinhändler entstehen und die lokalen Fischer sollen bei ihrer Jagd nach Thunfischen unterstützt werden.

Von Brüssel aus reiste Tong zu einem Kurzbesuch nach Hamburg. Dort traf er sich mit den Hamburger Reedern, die Seeleute aus Kiribati beschäftigen. Der *South Pacific Marine Service* hatte zu dem festlichen Abendessen für den Präsidenten auch Pazifik-Netzwerk-Mitglieder aus Hamburg und Kiribati eingeladen. (*Pressemitteilung EU* 06.02.15, *Flash d'Océanie* 05.02.15, *Mitteilung Ingrid Schilsky aus HH*, 07.02.15, <http://www.romereports.com/pg160233-pope-francis-meets-kiribati-president-anote-tong-en>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Unterstützung für Hafenausbau

Samoa: Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi und ein Vertreter der *Japan International Cooperation Agency* haben Anfang des Jahres ein Abkommen zum Ausbau des Hafens und der Matautu Werft in der Hauptstadt Apia unterzeichnet. Die staatliche japanische Entwicklungshilfeorganisation wird das Projekt mit dem Titel „Enhance-

ment of the safety of Apia Port“ mit 30 Millionen US-Dollar unterstützen, so der japanische Projektleiter Yoshimoto Koyanagi.

Mit den Maßnahmen soll im Januar 2016 begonnen werden. Das Projekt gliedert sich in drei Bauphasen. In der ersten Phase soll die Manövrierfähigkeit für Schiffe im Hafenbecken verbessert werden. In einer zweiten Phase sollen die Anker- und Anlegeplätze erneuert werden. In einer dritten Phase sollen die Be- und Entlademöglichkeiten für Containerschiffe verbessert, sowie die Infrastruktur für Passagiere sicherer gemacht werden. (*Samoa Observer* 25.01.15)

Abschied des Kongressabgeordneten

US-Samoa: Zum 3. Januar 2015 hat der US-amerikanische Kongressabgeordnete Eni Faleomavaega sein Amt als Repräsentant im Kongress abgegeben. Nach knapp 26 Jahren im Amt - Eni war 12 Mal für die jeweils zweijährige Wahlperiode wiedergewählt worden - war Eni bei den Kongresswahlen im vergangenen November seiner republikanischen Herausforderin Aumua Amata unterlegen.

Bei seiner Abschiedsrede im Kongress bedankte sich Faleomavaega für die langjährige Unterstützung bei den Menschen von Amerikanisch-Samoa. Er sagte, er habe sich zeit seines Politikerlebens für die Region Asien-Pazifik engagiert, die seines Erachtens nach zu lange von der amerikanischen Regierung vernachlässigt worden sei. Der Demokrat warnte außerdem vor drohenden Konflikten im Südchinesischen Meer. In seiner letzten Petition an den Kongress vor dem Ende seiner Amtszeit rief er deshalb auch zur friedlichen Lösung des Konfliktes um Territorialgrenzen im Südchinesischen Meer auf. Der Frieden in der asiatisch-pazifischen Region sei ihm seit jeher ein Herzensanliegen gewesen, so der scheidende Abgeordnete.

Info: Eni Fa'aua'a Hunkin Faleomavaega wurde am 15. August 1943 im Dorf Vailoatai (Amerikanisch-Samoa) geboren. Von 1989 an war das Mitglied der Demokratischen Partei der USA der offizielle nicht-stimmfähige Delegierte des amerikanischen Außengebietes US-Samoa im US-Repräsentantenhaus. Im Kongress saß Faleomavaega zuletzt im Auswärtigen Ausschuss und im *Committee on Natural Resources*. Er war außerdem Mitglied des *Asian Pacific American Caucus*. (<http://bioguide.congress.gov/scripts/biodisplay.pl?index=F000010>, *The Samoa News* 07.12.14)

Klimawandel-Koordinatorin berufen

US-Samoa: Der Gouverneur von Amerikanisch-Samoa, Lolo Matatalasi Moliga, hat Mitte Februar den Regierungsposten eines „Klimawandel-Koordinators“ eingerichtet. Er bestimmte Dr. Ruth Matagi Tofiga zur Klimawandel-Koordinatorin und begründete seine Wahl damit, dass Frau Tofiga als Abteilungsleiterin des Büros für Meeres- und Wildtiere prädestiniert für diese neue Funktion sei. Tofiga soll nun u.a. die Interessen von US-Samoa bei der Konferenz der „Interagency Group for Insular Areas“ Ende Februar in Washington D.C. vertreten. Sie soll außerdem eine Arbeitsgruppe mit lokalen Experten einrichten, die sich um die Linderung von Klimawandelfolgen für Mensch und Umwelt in US-Samoa kümmern soll. (*The Samoa News* 13.02.15)

Wahlergebnisse

Tonga: Am 27. November wurde in Tonga ein neues Einkammerparlament gewählt. Es waren erst die zweiten demokratischen Wahlen nach der Einführung eines neuen Wahlsystems im Jahr 2010.

51.448 registrierte Wähler stimmten in landesweit 169 Wahlbüros über die 17 Parlamentssitze für die Volksvertreter ab. Allein für diese 17 Sitze des Volkes hatten sich 106 Kandidaten aufstellen lassen, darunter 16 Frauen. Um die neun

traditionell den Adligen vorbehaltenen Parlamentssitze konkurrieren 24 Lords sowie fünf so genannte „Life Lord Peers“. Die „Life Lord Peers“ sind ohne Adelstitel geboren worden, sie haben diesen später vom König auf Lebenszeit zugesprochen bekommen. Die Adligen wählen untereinander ihre Parlamentsabgeordneten.

Wahlsieger wurde die *Democratic Party of the Friendly Islands* unter dem Parteivorsitzenden 'Akilisi Pohiva. Trotz eines Stimmenverlustes von drei Stimmen im Vergleich zur Wahl 2010 schaffte die Partei die Mehrheit und erreichte neun Sitze. Die unabhängigen Kandidaten konnten drei Stimmen mehr als 2010 auf sich vereinen und zogen mit acht Personen in das Parlament ein. Neun Sitze entfallen laut Wahlordnung traditionell auf die Adligen. Keine der für die Volksvertreter angetretenen 16 Frauen schaffte es ins Parlament.

Das neue Parlament wählte mit 15 zu 11 Stimmen Pohiva zum neuen Premierminister. Damit ist erstmals in der tongaischen Geschichte ein Gemeiner zum Premierminister ernannt worden. Der ehemalige Premierminister Lord Tu'ivakano wurde zum Parlamentssprecher ernannt. Vizesprecher wurde Lord Tu'i'afitu.

Info: Für die vierjährige Legislaturperiode des Parlaments können die Tonganer aus fünf Inselgruppen mit insgesamt 17 Wahlbezirken 17 Vertreter des Volkes wählen. Mitglieder der königlichen Familie und adelige Titelträger haben keine Stimme zur Wahl der Volksvertreter, sondern dürfen nur die Adelsvertreter ins Parlament wählen. Das Wahlalter beträgt 21 Jahre. (*Matangi Tonga online*, <http://www.tongaelections.com/>)

Chinesische Unterstützung

Tonga: Die Volksrepublik China wird das Königreich Tonga in diesem Jahr mit 18,8 Millionen US-Dollar unterstützen. Das gab der chinesische Staatspräsident Xi Jinping bei seinem ersten Besuch in Tonga Ende letzten Jahres be-

kannt. Gemeinsam mit Dr. Aisake Eke, dem tongaischen Finanzminister, unterschrieb der chinesische Präsident ein Abkommen über die finanzielle Unterstützung in drei Bereichen. 16,3 Millionen Dollar sollen in die Unterstützung wichtiger Projekte fließen. Mit 2,4 Millionen Dollar will China Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels unterstützen. Die weitere Unterstützung erfolgt in Form von Autos: China wird 15 SUVs, 10 Autos und fünf Kleinbusse nach Tonga liefern, die erstmals zu den Krönungsfeierlichkeiten des tongaischen Königs im Juni des Jahres zum Einsatz kommen sollen.

Präsident Jinping betonte bei seinem Besuch die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zum Königreich Tonga. Man unterstütze gerne die Regierung bei der Durchführung von Reformen und dem Bemühen um die Stärkung der einheimischen Wirtschaftskraft. (Matangi Tonga 16.12.14)

Parlament verabschiedet Gesetz zum Tiefseebergbau

Tonga: Bereits im vergangenen Jahr hat das tongaische Parlament ein Gesetz zur Regulierung des Tiefseebergbaus verabschiedet. Bis dato gibt es im Königreich Tonga keine Bergbauprojekte. Nachdem jedoch die Bergbaukonzerne *KORDI*, *Blue Water Metal* und *Nautilus Minerals Tonga* Mitte letzten Jahres Lizenzen zur Erforschung der tongaischen Tiefsee erhielten, sah sich das Parlament genötigt, bereits vorab Regularien für potentielle Tiefseebergbauprojekte zu entwickeln. Dazu richtete die Regierung zunächst die *Tonga Seabed Minerals Authority* ein, die potentielle Bergbauprojekte managen und überwachen soll.

Experten bezweifeln jedoch, dass in Tonga bedeutende Rohstoffreserven gefunden werden. Bisher konnten an Land weder nennenswerte Vorkommen an Gold und Kobalt noch an Kupfer entdeckt werden. Selbst wenn die Konzerne nun in der Tiefsee fündig würden, sei ein Tiefseebergbau zum derzei-

tigen Zeitpunkt viel zu kostenintensiv und zu aufwändig, so die Experten

Info: Der Seabed Minerals Act 2014 hat u.a. das Ziel, gesetzliche Rahmenbedingungen für ausländische Investoren der Bergbauindustrie zu schaffen. Außerdem zwingt er potentielle Investoren zur Einhaltung der Gesetze zum Schutz von Flora und Fauna im Königreich. Das Gesetz fordert auch größtmögliche Transparenz bei der Vergabe von Tiefseelizenzen. Es fordert außerdem dazu auf, Einnahmen aus dem Bergbausektor zum Wohle der zukünftigen Generationen zu nutzen. (Matangi Tonga 12.09.14, http://crownlaw.gov.to/cms/images/LEGISLATION/PRINCIPAL/2014/2014-0008/SeabedMineralsAct2014_1.pdf)

Urkunde restauriert

Cook-Inseln: Die aus dem Jahr 1891 stammende Proklamationsurkunde der Übernahme eines Teils der Cook-Inseln durch das britische Königreich ist in Neuseeland aufwändig restauriert worden. Das Dokument mit dem Titel „E Tuatua Akakite“ ist in Rarotonga Maori aufgesetzt und regelt die Übernahme einiger Inseln der heutigen Cook-Inseln als britisches Protektorat. Anfang 2014 war die Urkunde von der UNESCO in das „Memory of the World“-Register für die Region Asien-Pazifik aufgenommen worden.

Jean Mason von der *Cook Islands Library and Museum Society* hatte die Urkunde jetzt zur weiteren Konservierung nach Neuseeland gebracht.

(<http://www.unescobkk.org/news/article/saving-the-proclamation-1891-ensuring-the-continued-survival-of-our-collective-memory/>, *Cook Islands News* 26.01.15)

EU-Gelder für Projekte

Cook-Inseln: Anlässlich des *Development Partners*-Treffens in Rarotonga Mitte Februar hat EU-Botschafter Andrew Jacobs Premierminister Henry Puna die Fortführung der EU-Förderung von 2015 bis 2020 zugesagt. In den nächsten Jahren planen die Cook-Inseln

mit Unterstützung durch die europäischen Gelder die Verbesserung ihres Trink- und Abwassersystems. Außerdem sollen auf den Außeninseln Solarpaneele zur Stromgewinnung gebaut werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien auf den Außeninseln wird kofinanziert von der Asiatischen Entwicklungsbank. Mit der Energiewende im Pazifik wolle man die Abhängigkeit der Pazifikstaaten von fossilen Treibstoffen unterbrechen und einen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz leisten, erklärte der in Suva (Fidschi) ansässige EU-Botschafter für den Pazifik, Andrew Jacobs. (*Cook Islands News* 10.02.15)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Steigende Spannungen zwischen Flosse und Fritch; Spaltung der Mehrheit droht

Seit Ende letzten Jahres häufen sich die Spannungen innerhalb der Regierungspartei *Tahoeraa Huiraatira*, die bei den letzten Wahlen 2013 eine Zweidrittelmehrheit der Sitze in der Landesversammlung erhalten hatte.

Nachdem Gaston Flosse wegen seiner endgültigen Verurteilung in einer Korruptionsaffäre im September 2014 seines Amtes enthoben worden war, hatte sein Schwiegersohn Edouard Fritch das Präsidentenamt übernommen. Flosse, der für die nächsten drei Jahre keine politischen Ämter ausüben darf, blieb aber weiterhin Parteivorsitzender der *Tahoeraa*, und übt damit nach wie vor großen Einfluss auf das politische Leben des Landes aus. Insbesondere der Präsident der Landesversammlung, Marcel Tuihoni, steht nach wie vor unter Flosses direktem Einfluss, und setzte somit zum Beispiel Flosses Anstellung als „Sonderberater“ der *Tahoeraa*-Fraktion der Landesversammlung durch, womit Flosse weiterhin ein luxuriöses Büro im Gebäude der Landesversammlung und ein Regierungsgelände bezieht.

Fritch dagegen hatte seitdem versucht, aus Flosses Schatten zu treten und in seiner Regierungspolitik etwas mehr auf inhaltliche Innovation und vor allem auf personelle Erneuerung zu setzen. Ohne sich vorher mit Flosse abzusprechen, reiste er nach Paris, um sich mit der französischen Regierung auf neue Finanzhilfen für das Land zu einigen. Flosse und Tuihani beobachteten dies mit Argwohn, und gegen Ende des Jahres zeichnete sich immer mehr eine Spaltung der Regierungspartei in zwei Lager ab. Da Flosse seine Amtsenthebung als einen Angriff der französischen Regierung auf seine Person empfindet (Präsident Hollande hatte ein Gnadengesuch faktisch abgelehnt), fühlte er sich durch Fritchs gute Beziehungen zu Paris umso mehr brüskiert.

Wie schon 2007, als Flosse sich darüber empörte, dass die französische Gaullisten ihn zu Gunsten seines ehemaligen Vertrauten Gaston Tong Sang fallen gelassen hatten, scheint sich Flosse – Zeit seines Lebens ein politischer Opportunist – nun erneut zu einem rachsüchtigen Antikolonialisten zu wandeln. Am 21. November brachte Parlamentspräsident Tuihani eine Resolution in die Landesversammlung ein, in der Paris dazu aufgefordert wird, dem Land als Entschädigung für die durch die von 1996 bis 1996 durchgeführten Atomtests entstandenen Umweltschäden, zuzüglich der jahrzehntelang nicht gezahlten Pacht für das Land, auf dem die Testeinrichtungen gebaut wurden, eine Summe von 90,4 Milliarden CFP-Francis (757 Millionen Euro) zu zahlen. Die Landesversammlung beschloss die Resolution am 27. November mit einer ungewöhnlichen Mehrheit, die sich aus den Anhängern des Flosse-Flügels der Tahoeraa (25 Stimmen) und der oppositionellen, die Unabhängigkeit des Landes anstrebenden *Union Pour La Démocratie* (UPLD) von Ex-Präsident Temaru (11 Stimmen) zusammensetzte. Elf Abgeordnete der Tahoeraa sowie die acht Abgeordneten der kleineren pro-französischen Oppositionspartei A Tia Porinetia (ATP, die Fritch im September mit zum Prä-

sidenten gewählt hatte) stimmten dagegen, zwei Tahoeraa-Abgeordnete enthielten sich. Zeitgleich brachte Senatorin Teura Iriti (ebenfalls dem Flosse-Flügel der Tahoeraa angehörig) zum gleichen Thema eine Anfrage im Pariser Senat ein. Der französische Hochkommissar Lionel Beffre bezeichnete die Resolution als „unfreundliche Geste“ gegenüber dem französischen Staat.

Während die Resolution selbst nur symbolische Wirkung hat, zeichnet sich damit eine mögliche Umkremplung der politischen Mehrheit in der Landesversammlung ab. Eine Allianz der Flosse-Fraktion der Tahoeraa mit der UPLD hätte eine deutliche Mehrheit gegenüber einer Allianz des Fritch-Flügels der Tahoeraa mit der ATP. Anders ausgedrückt, Fritch hat im Parlament keine Mehrheit mehr und könnte durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden.

Einige Monate blieb die Situation ruhig und der Status quo erhalten, doch Mitte Februar gab es erneut Unruhe in der Regierungspartei, als Tuihani ankündigte, einen Antrag zu stellen, das Statut (d.h. die Landesverfassung) dahingehend zu ändern, dass auch ein Nichtmitglied der Landesversammlung von dieser zum Präsidenten gewählt werden könnte. Dies zweifelsohne mit dem Ziel, Flosse trotz Aberkennung seiner Bürgerrechte wieder zum Präsidenten machen zu können. Zur gleichen Zeit erklärte der oberste Gerichtshof in Paris die Wahl der Senatoren Teura Iriti und Vincent Dubois (beides Schützlinge von Flosse) im September für ungültig, da sich die UPLD über Unregelmäßigkeiten bei der Wahl beschwert hatte. Die Fritch-Fraktion versuchte daraufhin, für die im Mai geplante Nachwahl zwei neue Kandidaten aufzustellen, was Flosse und seine Anhänger empört ablehnten.

Ende Februar kam es endlich zu einem direkten Gespräch der beiden Rivalen. Flosse und Fritch hatten seit September nicht mehr persönlich miteinander kommuniziert. Ob daraus eine Einigung hervorgeht und die Spaltung der Partei

verhindert werden kann, bleibt abzuwarten. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Tahiti-Infos, Tahiti-Pacifique)

HAWAI'I

Hawai'i im Genfer „War Report“ als okkupiertes Territorium erwähnt

In der Ende 2014 erschienenen neuesten Ausgabe des *War Report* (Kriegs-Berichts) der „Genfer Akademie für Humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte“, einer dem Internationalen Roten Kreuz zuarbeitende Forschungsinstitution, wird Hawai'i erstmals als möglicherweise okkupiertes, und damit unter das humanitäre Völkerrecht fallendes, Territorium erwähnt.

Der jährlich beim renommierten Verlag der Britischen Oxford-Universität erscheinende *War Report* listet alle im jeweiligen Vorjahr stattfindenden innerstaatlichen und zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikte auf, und gibt zu jedem dieser Konflikte ausführliche Hintergründe, statistische Informationen und eine völkerrechtliche Bewertung. Das Institut verpflichtet sich dabei zu strikter Neutralität und versucht so objektiv wie möglich über jeden der Konflikte zu berichten. Neben dem Roten Kreuz nutzen zahlreiche andere internationale Hilfsorganisationen sowie Juristen, die sich mit Kriegsverbrechen beschäftigen, den *War Report* als verlässliche Informationsquelle.

Die Definition, was ein bewaffneter Konflikt ist, richtet sich dabei strikt nach dem humanitären Völkerrecht, das heißt den Haager und Genfer Konventionen. So stellt die andauernde Okkupation eines im Zuge eines Krieges besetzten Territoriums völkerrechtlich weiterhin eine Kriegshandlung dar, auch wenn seit Jahrzehnten keine bewaffneten Auseinandersetzungen mehr stattgefunden haben. So sind zum Beispiel die andauernde Okkupation Nordzyperns durch die Türkei und die Okkupation Westsaharas durch Marokko im *War*

Report als gegenwärtige zwischenstaatliche Konflikte aufgelistet.

Da Hawai'i 1898 von den USA im Zuge des Spanisch-Amerikanischen Krieges als neutraler Drittstaat besetzt wurde (ähnlich der Besetzung Belgiens und Luxemburgs im Ersten Weltkrieg durch Deutschland), und die Amerikaner seitdem nie wieder von den Inseln abgezogen sind, sondern stattdessen ohne rechtliche Grundlage behaupten, Hawai'i sei ein integraler Bestandteil der USA, hatte zu Beginn des Jahres 2014 eine Delegation der geschäftsführenden Regierung des Hawaiischen Königreichs unter Führung des Politikwissenschaftlers Keanu Sai die Genfer Akademie besucht und dem Herausgeber des *War Report*, Stuart Casey-Maslen, hunderte Seiten Beweismaterial über die völkerrechtswidrige Besetzung Hawai'is durch die USA überreicht.

Nach eingehender Prüfung der Dokumente entschied Casey-Maslen, im damals bereits in Drucklegung befindlichen *War Report* für 2013, zu erwähnen, dass es zusätzlich zu den ausführlich bearbeiteten Fällen Hinweise auf drei weitere völkerrechtswidrige Besetzungen gibt, die unter Umständen den Tatbestand eines zwischenstaatlichen Konflikts erfüllen, nämlich die Falkland-Inseln durch Großbritannien, Tibet durch China, und Hawai'i durch die USA. Interessant ist, dass für die ersten beiden Fälle als Indizien lediglich journalistische Artikel erwähnt werden, während für Hawai'i das Rechtsgutachten eines Londoner Professors für Völkerrecht zitiert wird.

Für eine ausführliche Behandlung Hawai'is war es für den *War Report* von 2013 zu spät, aber es wurde angekündigt, die Hinweise weiter zu prüfen, und im Ende 2015 erscheinenden *War Report* von 2014 ein endgültiges Urteil zu fällen, ob die US-Okkupation Hawai'is tatsächlich die Kriterien eines zwischenstaatlichen Konflikts erfüllt. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: *Hawaiian Kingdom Blog*, eigene Recherchen)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Neuseeland verpflichtet sich der SPC

Neuseeland wird in den nächsten zehn Jahren auch weiterhin das *Secretariat of the Pacific Community* (SPC) mit jährlich sieben Millionen US-Dollar unterstützen. Dieses Versprechen unterzeichnete Ende letzten Jahres der neuseeländische Außenminister Murray McCully im Beisein von Colin Tukuitonga, dem SPC-Direktor, in Auckland.

Mit dem Geld soll vor allem die Jugendarbeitslosigkeit in der Region bekämpft sowie die Ernährungssicherheit hergestellt werden.

Info: Neuseeland ist Gründungsmitglied der im Februar 1947 gegründeten *South Pacific Commission*, die sich 1997 in *Secretariat of the Pacific Community* umbenannte. (Radio NZ Intern. 10.12.14)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Vereint für Westpapua

Westpapua: Ende letzten Jahres haben sich drei verschiedene westpapuanische Unabhängigkeitsorganisationen zusammengeschlossen. Im Rahmen einer dreitägigen Konferenz zu Westpapua in der vanuatischen Hauptstadt Port Vila gründeten die *West Papua National Coalition for Liberation*, die *Federal Republic of West Papua* und das *Komite Nasional Papua Barat* die Organisation *United Liberation Movement for West Papua*. Zum Generalsekretär wurde Octovianus Mote gewählt, zum internationalen Sprecher der Bewegung wurde der papuanische Aktivist Benny Wenda gewählt, der in Großbritannien im Exil lebt. Wenda sagte, die Zersplitterung der westpapuanischen Unabhängigkeitsbewegung habe nun ein

Ende, man werde fortan mit gemeinsamer Stimme sprechen. Als erste Maßnahme übergab die Organisation der *Melanesian Spearhead Group* einen Antrag auf volle Mitgliedschaft in diesem Forum melanesischer Staaten. Vermutlich im Juni zu ihrem diesjährigen Gipfeltreffen in Honiara (Salomonen) werden die MSG-Verantwortlichen über den Mitgliedsantrag der vereinten Westpapua-Bewegung entscheiden. (Radio NZ Intern. 09.12.14, 05.02.15)

Menschenrechtsbericht vorgelegt

Westpapua: Die *Australia West Papua Association* kommt in ihrem Jahresbericht zu dem Ergebnis, dass sich die Menschenrechtssituation in Westpapua im vergangenen Jahr nicht verbessert hat. Joe Collins, Sprecher der australischen Nichtregierungsorganisation, sagte, es habe im letzten Jahr mehrere gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen dem indonesischen Militär sowie vermeintlichen Kämpfern der militanten Unabhängigkeitsbewegung OPM gegeben. Dabei habe man nicht immer feststellen können, ob das Militär OPM-Mitglieder bedroht, gefoltert und erschossen habe, oder ob es sich um Zivilisten gehandelt habe. Seine Organisation habe auch eine Zunahme von so genannten „sweeping“-Operationen im Landesinneren festgestellt. Bei diesen Operationen durchstreifen Militär-angehörige systematisch Dörfer und bedrohen und/oder erschießen mutmaßliche Regierungsgegner und Unabhängigkeitsbefürworter. (<http://www.awpa-sa.org.au/>, Radio NZ Intern. 15.01.15)

Neuer Premierminister

Timor-Leste: Am 16. Februar 2015 wurde Dr Rui Araújo als neuer Premierminister der Demokratischen Republik Timor-Leste vereidigt. Sein Vorgänger Xanana Gusmão hatte letztes Jahr mehrfach erklärt, dass er vom Amt des Premierministers zurücktreten wolle und hatte nun schließlich am 5. Februar seinen Rücktritt offiziell

eingereicht. Sein Rücktrittsgesuch wurde von Präsident Taur Matan Ruak am 9. Februar entgegengenommen.

Der charismatische Xanana Gusmão, 68 Jahre alt, Unabhängigkeitskämpfer der ersten Stunde und häufig als einer der Gründungsväter Osttimors bezeichnet, gilt als Nationalheld, ist aber auch nicht ganz unumstritten. Im Laufe des letzten Jahres hatte er mehrfach seinen Rücktritt erklärt und war dann aber auf Bitten seiner Partei hin, die ohne ihn an der Spitze ein Machtvakuum befürchtete, doch weiterhin im Amt geblieben. Als Bedingung für seinen Verbleib an der Spitze wurde eine Resolution vereinbart, die ihm die Erlaubnis gab, das Kabinett umzubilden und bis zu 20 der 55 Minister abzusetzen. Überdies war eine seiner engsten Vertrauten, die Finanzministerin Emilia Pires, der Korruption beschuldigt worden. Auch für die Entlassung internationaler Richter war er in die Kritik geraten. Kurzzeitig entstand so das Bild, dass Gusmão nicht ernsthaft in Betracht ziehen würde zurückzutreten, sondern im Gegenteil versuchte, seine Macht weiter zu verfestigen. Doch im Februar 2015 überschlugen sich die Ereignisse und nur elf Tage nach seinem offiziellen Rücktritt wurde Dr. Rui Araújo als neuer Premierminister vereidigt und so das Amt an die nächste Politikergeneration weitergegeben.

Die meisten namhaften Politiker der jungen Nation, so auch Gusmão, zählen zur Generation '75, die sich politisch in erster Linie dadurch legitimieren, im Widerstand mitgekämpft zu haben. Kritischen Stimmen zufolge bedarf es dringend eines Generationenwechsels, um das Nationbuilding weiter voranzutreiben, Institutionen zu stärken und weitreichende Reformvorhaben umzusetzen. Dieser Generationenwechsel ist nun durch die Übergabe des Premierministeramtes eingeleitet worden und war so, laut José Ramos Horta, von Gusmão von langer Hand geplant. Der neue Premierminister Dr. Rui Araújo, der bei der Invasion Ost-

timors 1975 erst elf Jahre alt war und der so genannten Generation Santa Cruz angehört, somit deutlich jünger als Gusmão ist, ist kein unbeschriebenes Blatt. Er studierte zunächst in Indonesien und später in Neuseeland englische Literatur und Medizin. Während des Widerstandes fungierte er von Indonesien aus als Kurier und gehörte der Studentenorganisation RENETIL (Nationaler Widerstand der Studenten aus Timor-Leste) an. Von 2001 bis 2007 war er der erste Gesundheitsminister des Landes. Zudem war er von 2006 bis 2007 stellvertretender Premierminister. Nach dem Regierungsverlust der FRETILIN blieb er als Berater im Gesundheitsministerium und später im Finanzministerium tätig. Seit 2011 ist er Mitglied der Oppositionspartei FRETILIN. Er gilt als konsensfähiger Politiker, dem ein guter Ruf voraussetzt, und wurde von Gusmão selbst als sein Nachfolger vorgeschlagen.

Die Herausforderungen, die ihn nun erwarten, sind immens: Einbindung der Jugend – zwei Drittel der Osttimoresen sind unter 30 Jahre alt, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch; Korruptionsbekämpfung, Verbesserung der Infrastruktur, nachhaltiges Wachstum, personelle Einsparungen innerhalb der Regierungsausgaben, Armutsbekämpfung, Stärkung der politischen Institutionen, Konsens mit den Veteranen, Aufarbeitung der Vergangenheit - um nur einige der wichtigen Belange der jungen Nation zu nennen.

In seiner neuen Regierung wird Araújo dabei zunächst von Gusmão, der als Minister für Planung und strategische Investitionen in der Regierung verbleibt, unterstützt. Dabei birgt diese Konstellation, Araújo mit seinem mächtigen Vorgänger im Hintergrund, für sich auch schon eine große Herausforderung.

Der neuen Regierung gehören die Parteien *Congresso Nacional da Reconstrução Timorense* (CNRT), *Partido Democrático* (PD) und *Frenti-Mudança* (FM), die bereits unter Gusmão eine Koalition bildeten, an. Mit Araújo an der Spitze

tritt der Regierungs-koalition außerdem die bisherige Oppositionspartei FRETILIN bei.

Strategisch gesehen und mit Hinblick auf eine ruhige Zukunft ist es ein kluger Zug, die FRETILIN in die Regierung zu integrieren, da sie zuletzt einen harten Kurs gegen die Regierung gefahren hat und die zweitstärkste Kraft im Parlament bildet. Ob Araújo's neue Regierung die Hoffnungen erfüllen kann und wie sich die Regierung nach der Wahl 2017 zusammensetzen wird, bleibt abzuwarten. Der durch den Amtswechsel eingeleitete Generationenwechsel ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung, um Osttimors Nationbuilding auf eine neue Stufe zu heben. (Artikel von Sara Czinczoll, Deutsche Osttimor-Gesellschaft)

Tote bei Martial Arts-Auseinandersetzungen, eine Geiselnahme und ein Anschlag auf die US-Botschaft

Timor-Leste: Das Jahr 2015 begann turbulent im kleinen Inselstaat Timor-Leste. Über den Jahreswechsel machten die *Martial Arts*-Gruppen Schlagzeilen, da in der Hauptstadt Dili und der zweitgrößten Stadt Baukau mindestens vier junge Männer starben, die auf offener Straße angegriffen und mit Messern, Macheten, Steinen und Stangen tödlich verletzt wurden. Die Männer waren Mitglieder von verfeindeten *Martial Arts*-Gruppen. Häufige gewaltsame Auseinandersetzungen und der wachsende Einfluss dieser Gruppen in Verbindung mit der Unfähigkeit der Regierung, sie zu kontrollieren, veranlassten die Regierung im Juli 2013 dazu, drei Gruppen permanent zu verbieten. Die Anzahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen ging seit dem permanenten Verbot der rivalisierenden Gruppen besonders in den „hot spots“ zurück und schuf oberflächlich eine friedliche Atmosphäre, doch mit der Illegalisierung der Gruppen werden diese unkontrollierbar und gehen komplett in den Untergrund.

Mitte Januar machte auch die Gruppe *Konsellu Revolusaun Maubere* (KRM), bestehend aus Veteranen und verarmten Bauern, auf sich aufmerksam, deren Führungsperson Mauk Moruk gerade erst im Dezember 2014 aus dem Gefängnis entlassen worden war. Im Distrikt Baukau im Ort Laga kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der lokalen Polizei und KRM, die zwei Polizisten als Geiseln nahm und zwei weitere Polizisten verletzte. Premierminister Gusmão reiste eigens im Konvoi aus der Hauptstadt Dili an, um Mauk Moruk dazu zu bringen, die Geiseln freizulassen, was ihm auch gelang. Mauk Moruk hält sich seitdem mit seinem Gefolge im Dschungel versteckt. Lange blieb unklar, ob Mauk Moruk tatsächlich eine Bedrohung für die Regierung darstellte; einige Beobachter hielten ihn nur für einen „verrückten Opa“.

Am späten Abend des 18. Januar 2015 gab es eine Explosion am Haus der amerikanischen Botschafterin. Anwohner berichteten von einem sehr lauten Knall. Nach Angaben der US-Botschaft wurde niemand verletzt und nur Fenster und ein Auto wurden beschädigt. Es wird vermutet, dass es sich um eine Granate handelte, die über die Mauer des Botschaftsgeländes geworfen wurde. Der oder die Täter sind bisher nicht bekannt. Die US-Botschaft in Dili hat eine Prämie von 25.000 US-Dollar für Hinweise, die zur Festnahme der gesuchten Personen führen, ausgesetzt. In der turbulenten Zeit des Rücktritts des Premierministers und der Umstrukturierung der Regierung, sowie den Unruhen in Bezug auf die *Martial Arts*-Gruppen und Mauk Moruk gibt es viele Gerüchte, wer und welche Absicht hinter dem Anschlag stecken. Eine Aufklärung des Vorfalles ist nicht in Sicht.

Eine Analyse der Ereignisse der vergangenen Monate finden Sie im GIGA Focus Asien zu Timor-Leste (im Erscheinen) auf www.giga-hamburg.de.

(Artikel von Janina Pawelz, Vorsitzende der Deutschen Osttimor Gesellschaft e.V.)

AUSTRALIEN

Kritik am Umgang mit Flüchtlingskindern

Die australische Menschenrechtskommission hat Mitte Februar ihren Bericht über die Situation von Flüchtlingskindern in den (pazifischen) Aufnahmelagern auf Nauru und der Insel Manus (PNG) veröffentlicht. Für die Studie „The forgotten Children: National Inquiry into Children in Immigration Detention“ hat die Kommission zwischen Januar 2013 und März 2014 800 Kinder, deren Eltern, Sicherheitspersonal und medizinisches Personal in den Flüchtlingscamps befragt. Im Untersuchungszeitraum wurden 167 Kinder in den Camps geboren.

Die Ergebnisse der Studie sind erschreckend und haben in der australischen Bevölkerung und den Medien zu einem Aufschrei der Empörung geführt. So bedürfen 30 % aller befragten Kinder dringend psychologischer Unterstützung, weil sie aufgrund der Flucht und Vertreibung sowie dem Leben im Camp massiv an Traumata litten. 300 von 800 inhaftierten Kindern in den Camps gaben an, sie hätten sich aus Verzweiflung über ihre Situation bereits einmal selbst verletzt. 30 Kinder sagten, sie seien Opfer von sexueller Gewalt geworden.

Die Menschenrechtskommission kommt zu dem Ergebnis, dass die mehrmonatige Unterbringung von Kindern in Flüchtlingslagern einen Verstoß gegen die Menschenrechte darstellt. Sie schlägt vor, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit den seelischen und körperlichen Langzeitfolgen der Unterbringung beschäftigt.

Die Opposition und die Partei „Die Grünen“ haben nach Bekanntwerden des Berichtes die Regierung aufgefordert, ihre Asylpolitik grundlegend zu ändern und an den Menschenrechten auszurichten.

(<https://www.humanrights.gov.au/publications/forgotten-children-national-inquiry-children-immigration-detention-2014>, Radio NZ Intern. 12.02.15)

Wird Kava verboten?

Nach dem Willen des Ministers für indigene Angelegenheiten, Senator Nigel Scullion, soll der Import von Kava im gesamten australischen Bundesstaat *Northern Territory* verboten werden. Bereits seit 2007 ist in diesem Bundesstaat in der Region Arnhemland sowie im gesamten Bundesstaat *Western Australia* der Import von Kava-Pulver verboten. In die anderen Bundesstaaten dürfen pro Erwachsenem pro Einreise zwei Kilo Kava für den Eigenbedarf eingeführt werden. Der Konsum von Kava kommt ursprünglich nicht in Australien vor, sondern wurde Ende der 1970er Jahre im *Northern Territory* von Missionaren als Ersatz für den Alkoholkonsum eingeführt.

Nach Angaben von Senator Scullion hat sich der Konsum von Kava jedoch in den letzten Jahren so intensiviert, dass daraus bei etlichen Konsumenten ein finanzielles und gesundheitliches Abhängigkeitsverhältnis entstand. Um die Aborigine-Gemeinden in Arnhemland, die bereits überdurchschnittlich viel Drogen und Alkohol konsumieren, vor einer Abhängigkeit von Kava zu schützen, wurde der Genuss von Kava in dieser Region verboten. Begründet wurde das Verbot mit der Sorge, die Aborigines würden sich überschulden und ihre Gesundheit weiter schädigen.

Ein Kilo Kava kostet im Pazifik 30 AUS-Dollar und wird illegal in Arnhemland für bis zu 1.000 AUS-Dollar verkauft. Seit 2009 hat die Bundespolizei in Arnhemland 10 Tonnen illegal eingeführte Kava sichergestellt und 200 Personen, meist mit tongaischen Hintergrund, verhaftet. Der Verkauf von Kava in den verbotenen Zonen kann mit einer bis zu achtjährigen Haftstrafe geahndet werden.

Um die Aborigine-Gemeinden in Australien vor einer Kava-Abhängigkeit zu schützen, möchte der Senator nun das Kava-Verbot auf alle Bundesstaaten ausdehnen. Seine Ankündigung hat zu Protestkundgebungen in den sozialen Medien und auf den Straßen der Großstädte geführt. Die in

Australien lebenden Pazifikinsulaner befürchten den Verlust eines Stückes ihrer kulturellen Identität, gehört die gesellige Kava-Runde doch zu einer beliebten Freizeitaktivität der Menschen in der Region.

Der Drogenbeauftragte der Bundesregierung des *Northern Territory*, Tony Fuller, zeigte sich geteilter Meinung. Einerseits gelte es, die Aborigines vor den übersteuerten Preisen für die Kava zu schützen, andererseits dürfe man nicht ein ganzes Land bestrafen, nur weil einige wenige Kava-Händler Aborigines bewusst in die Abhängigkeit führten.

Profitieren von dem Verbot könnten Getränkehersteller wie etwa die Firma „Taki Mai“, die in Flaschen abgefüllte Kava aus Fidschi nach Australien importiert. Verboten werden soll nämlich nur die Einfuhr von Kava-Pulver, nicht aber der Konsum von bereits fertig zubereiteter Kava in Flaschen oder Getränkekartons. (SBS 18.02.15, Radio NZ Intern. 24.02.15, <https://www.facebook.com/pages/Australian-Kava-Movement-Fair-go/119095841503349>)

SPORT

Chung wiedergewählt

Die ozeanische Fußballföderation (*Oceania Football Confederation*, OFC) hat bei ihrer 23. Jahreshauptversammlung Mitte Januar in der neuguineischen Hauptstadt Port Moresby ihren amtierenden Präsidenten David Chung für die nächste vierjährige Amtszeit einstimmig wiedergewählt. Der 53-jährige Neuguineer war im November 2011 zum Präsidenten der OFC gewählt worden. Bereits im Juni desselben Jahres war Chung als Vizepräsident des FIFA-Exekutivkomitees eingesetzt worden.

Bei seiner Rede nach der Wiederwahl versprach Chung, er werde die OFC weiterhin auf „transparente“ Weise führen und Entscheidungen im Kollektiv treffen.

Info: Chung wurde am 13. Juli 1962 in Malaysia geboren, er wanderte 1984 nach Papua-Neuguinea aus. 2004 wurde er zum Präsidenten des nationalen Fußballverbandes gewählt. (*Flash d'Océanie* 11.01.15, Wikipedia)

Rugby-Spieler unterstützen Westpapua

Vier aus dem Pazifik stammende Rugby-Spieler der französischen Mannschaft *Montpellier Rugby Union* haben ihre Unterstützung für die Unabhängigkeitsbewegung in der indonesischen Provinz Westpapua öffentlich gemacht. Akapusi Qera und Jim Nagusa aus Fidschi sowie Alex Tulou und Naama Leleimalefa aus Amerikanisch-Samoa posteten in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter ein Foto von sich mit der in Indonesien verbotenen „Morgensternflagge“, dem Symbol für ein freies und unabhängiges Westpapua. (ABC 19.02.15, <https://www.facebook.com/freewestpapua/photos/a.310692780009.322467.53611440009/10155253689675010/>)

Deutschland trifft bei U20-Fußball-WM auf Fidschi

Bei der U20-Fußballweltmeisterschaft in Neuseeland im Mai und Juni 2015 werden die U20-Nationalmannschaften von Fidschi und Deutschland aufeinandertreffen. Beide Teams wurden von der FIFA zusammen mit Usbekistan und Honduras in die Gruppe F gelost. Stattfinden wird das Spiel der Nationalmannschaften der Unter-20-Jährigen von Deutschland und Fidschi in Christchurch. Für das Team aus Fidschi ist es die erste Teilnahme an einer Fußballweltmeisterschaft. Dem Team kam dabei entgegen, dass Neuseeland als weiterer Staat der Region als Gastgeber bereits für die Weltmeisterschaft qualifiziert war. Somit konnte Fidschi sich in der Qualifikationsphase gegen die anderen Staaten der Region durchsetzen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsvorsitzendem Oliver Hassenkamp, Berlin. Quellen: N24 10.02.15, DFB, weltfussball.de)

„TOK BILONG PASIFIK“

Miss Pacific Islands gewählt

Samoa: Kurz vor Weihnachten ist die gebürtige Samoanerin Latafale Auva'a aus Papakura (Auckland, NZ) zur „Miss Pacific Islands“ gewählt worden. Die Wahl zur pazifischen Schönheitskönigin fand in Apia, der Hauptstadt von Samoa, statt. Die 20-jährige Auva'a konnte sich gegen sieben Konkurrentinnen durchsetzen. Sie gewann vier Durchgänge und errang den ersten Platz für das beste Interview, das größte Talent, den schönsten Sarong und das beste traditionelle Kleid.

Die Studentin der Musik- und Rechtswissenschaften an der *University of Otago* in Neuseeland hatte bereits drei Monate zuvor die Wahl zur „Miss Samoa“ für sich entscheiden können. Nach ihrer Krönung zur Schönheitskönigin gab Auva'a bekannt, sie wolle nun für ein Jahr mit dem Studium aussetzen, um sich ganz ihren Repräsentationsverpflichtungen hingeben zu können.

Info: Kurz vor Durchführung des Schönheitswettbewerbes hatten die Organisatoren die Namensänderung von „Miss South Pacific“ zu „Miss Pacific Islands“ bekanntgegeben. Zu dieser Namensänderung war es auf Bitten der Teilnehmerländer gekommen, die seit Durchführung des ersten Wettbewerbes im Jahr 1987 Teilnehmerinnen entsenden. Länder wie Papua-Neuguinea hatten den Namen kritisiert, da sie sich nicht als dazugehörig zum südlichen Pazifik fühlen. Die jährliche Wahl der pazifischen Schönheitskönigin war 1987 von der samoanischen Tourismusbehörde begonnen worden. Der Wettbewerb findet immer gegen Ende eines Jahres im Cultural Village in Apia statt. (*Talamua* 20.12.14, *Samoa Observer* 15.12.14, <http://www.spasifikmag.com/fortheladies/6augustmissamoao/>)

Aggie Grey's Resort unter neuer Trägerschaft

Samoa: Das inhabergeführte Hotel „Aggie Grey's“ an der Beach Road in der samoanischen Hauptstadt Apia ist nach umfangreichen Renovierungsarbeiten Mitte Januar als „Sheraton Samoa Aggie Grey's Resort“ wiedereröffnet worden. An der Wiedereröffnung nahm auch der samoanische Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi teil. Er betonte in seiner Ansprache vor allem die Jobmöglichkeiten für gut ausgebildete Samoaner in der gehobenen Hotellerie und Gastronomie des Aggie Grey's. Der für den Pazifik zuständige Vertreter der Starwood-Gruppe, Shane K. Cuning, sagte, man habe zwei Jahre mit der Familie von Hotelgründerin Aggie Grey verhandelt und sei sehr froh über die erfolgreiche Partnerschaft zwischen der Familie und dem Starwood-Konzern. Aggies Sohn Allen und dessen Sohn, der Hotelmanager Lupesina Frederick Grey, begrüßten die zahlreichen Gäste bei der Einweihungsfeier persönlich.

Info: Die Sheraton-Hotels gehören zur Starwood-Firmengruppe.

Starwood Hotels & Resorts Worldwide, Inc. ist das globalste Unternehmen für gehobene Hotels weltweit. Das Unternehmen betreibt knapp 1.200 Luxushotels in 100 Ländern und beschäftigt 181.400 Angestellte.

Die Halb-Samoanerin Aggie Grey hatte ihr Hotel 1933 in den verwahrlosten und leerstehenden Räumen des ehemaligen Britischen Clubs in Apia eröffnet. Es entwickelte sich zu einer „pazifischen Institution“ und kann heute über alle renommierten Reiseveranstalter gebucht werden.

(The Samoa News 18.01.15, <http://www.starwoodhotels.com/corporate/investor.html>)

Elefantenkälber in Quarantäne

Niue: Auf ihrem Weg von Sri Lanka nach Neuseeland werden zwei Elefantenkälber drei Monate in Quarantäne auf der mit Neuseeland assoziierten polynesischen

Insel Niue verbringen. Das gab der Regierungssprecher von Niue, Richard Hipa, Anfang Februar bekannt.

Derzeit wird im Dorf Avatele ein Gehege für die jungen Elefanten gebaut. Von einer Plattform aus sollen die Einwohner Niuens die Elefanten beobachten können. Diese werden aus dem Zoo von Colombo (Sri Lanka) mit einem Spezialflugzeug auf die Insel gebracht. Nach der dreimonatigen Quarantäne kommen die Elefantenkälber in den Zoo von Auckland. Dort sollen sie der 32-jährigen Elefantendame „Burma“ Gesellschaft leisten, die seit dem Tod ihres 40-jährigen Partners „Kashin“ im Jahr 2009 alleine im Zoo lebt. *(Radio NZ Intern. 05.02.15)*

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Kirchen gegen Todesstrafe

Zahlreiche Kirchenführer in PNG haben sich dagegen ausgesprochen, die Todesstrafe einzuführen. Niemand außer Gott habe das Recht, einem Menschen das Leben zu nehmen. Jedes menschliche Leben sei von Gott gegeben und niemand, nicht einmal der Staat, habe das Recht, ein Menschenleben zu beenden. Auch im besten Justizsystem könne es Fehlentscheidungen geben. *„Es ist undenkbar, dass wir, das Volk, einen potentiell unschuldigen Menschen zum Tode verurteilen könnten. Als christliche Nation können wir unserem Justizsystem nicht erlauben, auf eine Ebene der Rache und Vergeltung zu sinken“*, ließen die Kirchenführer in einer Pressemitteilung verlauten. *„Wir dürfen nicht einfach Auge um Auge vergelten, sondern brauchen ein angemessenes Strafsystem ohne die Todesstrafe.“* In Ländern, die die Todesstrafe praktizierten, sei die Anzahl von Schwerverbrechen

deswegen nicht zurückgegangen. Derzeit stehen 13 Personen auf der Todesliste, die dieses Jahr hingerichtet werden sollen. *(National 06.02.15)*

Kirchen wichtige Partner

Nach Ansicht von Johnson Tuke, dem Parlamentsabgeordneten für Kainantu, sind die Kirchen wichtige Partner des Staates, um die Entwicklung des Landes voranzubringen. Kirchen seien auch in abgelegenen ländlichen Regionen vertreten, aus denen sich die staatlichen Strukturen längst verabschiedet hätten. Anlässlich eines Workshops zur Bibelübersetzung in die Kafe-Kamano Sprache im Östlichen Hochland überreichte Tuke 20.000 Kina (knapp 7.000 Euro), um die Arbeit der Kirchen in dieser Region zu unterstützen. *(National 29.12.14)*

Regierung lobt Kirchen

Charles Abel, Minister für nationale Planung, lobte die Kirchen für ihren unerlässlichen Beitrag insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Über den Nationalen Rat der Kirchen in PNG implementiert die Regierung in einem Zehn-Jahres-Programm 50 Mio. Kina (17 Mio. Euro), die vorwiegend der ländlichen Bevölkerung zugute kommen sollen. *(National 21.01.15)*

ELC-PNG

Vorbereitung für die Synode 2016

Mit einem festlichen Gottesdienst wurden die Vorbereitungen für die nächste Synode der ELC-PNG im Januar 2016 auf der Missionsstation Heldsbach in Finschhafen eröffnet. Theodore Zurenuoc, Parlamentsabgeordneter für Finschhafen und Speaker of Parliament, stiftete ein neues Fahrzeug im Wert von 150.000 Kina (knapp 52.000 Euro), damit der Kotte-Distrikt die Synode vorbereiten kann. Er betonte, wie wichtig es

sei, dass Menschen zusammen kommen und harmonisch zusammenarbeiten. Dabei sei es wichtig, die Ältesten und Gemeindeführer zu respektieren, was der Schlüssel für Frieden sei. Um die Synode 2016 zum Erfolg zu führen, sei es wichtig, dass Kirche und Staat Hand in Hand zusammenarbeiteten. Für drei Mio. Kina (1.036.000 Euro) wird der Staat die Gebäude der Missionsstation Hedsbach renovieren, die Infrastruktur verbessern und die Straßen sanieren. Nach der Synode sollen die Einrichtungen für eine neue Kotte Highschool genutzt werden. (National 06.02.15)

O'Neill verspricht fünf Millionen

Das zehn Millionen Kina (3,45 Mio. Euro) teure Bauprojekt der *Mari-mari Lutheran Church* in Gordon, Port Moresby erhält eine kräftige Finanzspritze von fünf Mio. Kina durch Premierminister Peter O'Neill. Die bisherige Kirche wurde in den 1970er Jahren gebaut, ist inzwischen baufällig und viel zu klein, sodass eine neue Kirche mit über 1.500 Sitzplätzen gebaut werden soll. (National 23.12.14)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Orden für kath. Bischof

Cesare Bonivento (74), Italiener und seit 1992 Bischof von Vanimo (40.000 Katholiken) in Papua-Neuguinea, ist für Verdienste um Land und Gesellschaft zum „Grand Companion of the Order of Logohu“ ernannt worden. Der höchste Orden des Inselstaates, der maximal an 50 lebende Personen vergeben wird, war Anfang 2009 auch dem deutschen Herz-Jesu-Missionar und früheren Erzbischof Karl Hesse, MSC (78) von Rabaul (1990 - 2011) verliehen worden. (KNA Informationsdienst 21.01.15)

Bischof fordert Ende von Hexenverfolgungen

Bischof Arnold Orowae, Vorsitzender der kath. Bischofskonferenz, hat sich scharf gegen Hexenverfolgungen ausgesprochen. „*Ich ermutige alle unsere Bürger, sich nicht an Anklagen gegen unschuldige und wehrlose Menschen zu beteiligen. Vorwürfe der Hexerei führen oft zu Folter und Tod.*“

Auch wenn fast 100 % der Bevölkerung einer christlichen Kirche angehören, sind doch alte religiöse Vorstellungen und Praktiken allgegenwärtig. Viele Menschen glauben nicht einfach an Unglück und Unfälle, sondern schreiben solchen Schicksalsschlägen magische Kräfte zu, die durch Zauberer und Hexen praktiziert werden. Beschuldigt werden überwiegend verletzte und wehrlose Frauen, die vom Mob angeschuldigt, gefoltert und oft ermordet werden. „*In dieser Zeit können wir uns nicht verhalten wie Barbaren, die keinen Respekt für das Leben haben*“, betonte Bischof Orowae. (Mikado-Pressedienst 10.12.14)

Flüchtlingslager auf Manus

Die katholische Bischofskonferenz hat die Regierungen von PNG und Australien aufgefordert, die Situation von Flüchtlingen und Asylsuchenden sorgfältig zu prüfen und sie nicht abzuschieben, wenn ihr Leben in Gefahr ist. Laut Premierminister Peter O'Neill seien die meisten der 1.035 Asylanten keine echten Flüchtlinge und sollten in den nächsten Wochen in den Irak und den Iran abgeschoben werden. „Echte“ Flüchtlinge sollen in ein neues Lager auf Manus umgesiedelt werden. Bischof Roche forderte dagegen, den Betroffenen in einem transparenten Verfahren den offiziellen Flüchtlingsstatus zuzuerkennen und für sichere und menschliche Bedingungen zu sorgen. (National 04.02.15)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Gemeinsam gegen Hexenverfolgung

Jugendliche der Kalvari Lutheran Church in Lae, die Katholische St. Paul's Gemeinde in Mt. Hagen sowie Sozialarbeiter und die Polizei arbeiten eng zusammen im Kampf gegen den Missbrauch und die Verfolgung von Frauen, die der Hexerei bezichtigt werden. In Theaterstücken und Workshops klären sie die Bevölkerung auf, dass das Töten einer der Hexerei beschuldigten Frau eindeutig Mord ist und durch nichts gerechtfertigt werden kann. In den Workshops wird erarbeitet und trainiert, wie mit entsprechenden Vorwürfen umgegangen werden kann. (National 05.02.15)

Kirchen gegen Kriminalität

Mehrere Kirchen haben sich die Bekämpfung von Kriminalität auf ihre Fahnen geschrieben. Von Lae-City bis nach 5-Mile haben sich 13 verschiedene vorwiegend pentecostale Kirchen zum „Miles Body of Christ“ zusammengeschlossen, um gegen kriminelle Aktivitäten zu kämpfen. Tagsüber organisieren sie Sportangebote wie z.B. Rugby-Turniere für herumhängende Jugendliche und abends Evangelisationsveranstaltungen. Deutliche Unterstützung erfahren sie dabei von der Bevölkerung, die sich über deutlich rückläufige kriminelle Aktivitäten freut. (National 29.12.14)

Tete soll sich ändern

Tete, eines der verruchtesten Settlements in Gerehu, Port Moresby soll sich ändern. Bisher ist es vor allem bekannt für seine hohe Kriminalitätsrate und als No-Go Zone. Nun haben alle Pfarrer verschiedener Kirchen sich zusammengetan, um die Lebenssituation und den Ruf von Tete zu verbessern. Symbolträchtig wurden fünf Personen aus dem Settlement am 31.12. getauft, um den Bewohnern zu zeigen, dass das Alte nun zurückgelassen werden kann und ein

neues, besseres Leben mit dem neuen Jahr bevorsteht. Philip Kama, Vorsitzender des Settlements, ist zuversichtlich, dass sich die Situation verbessern wird und dass Tete künftig nicht mehr der verrufene Ort sein wird, der er einst war. *(National 02.01.15)*

Polizei- und Militärpfarrer gefordert

Die *United Church in PNG* hat die Regierung aufgefordert, die Dienste von Seelsorgern bei der Polizei und im Militär zu verbessern. Auslöser war ein Zwischenfall, bei dem die Polizei in Hanuabada, Port Moresby, bei einer Auseinandersetzung mit Dorfbewohnern zwei Männer erschossen und einen weiteren verletzt hatte. Pfr. Siai sagte, dieser Zwischenfall zeige sehr deutlich, dass die Polizei keinen Respekt und keine Wertschätzung für die Würde und das Leben eines Menschen hätte. Die Kirchen sollten dazu beitragen, die ethische Verantwortung und den Respekt für das Leben innerhalb der staatlichen Gewalten zu verbessern. „*Staat und Kirchen müssen eng zusammenarbeiten für eine friedliche Gesellschaft mit Respekt und Würde*“, betonte Siai.

Auch die kath. Bischofskonferenz hat Übergriffe seitens der Polizei scharf verurteilt. Ihr Generalsekretär Fr. Victor Roche betonte, die Polizei sollte Disziplin und Professionalität zeigen, wenn sie ihren Dienst ausübt und dabei die Menschenrechte respektieren. Zu den Übergriffen der vergangenen Wochen tragen nach Ansicht der Bischofskonferenz die endemische Korruption innerhalb der Polizei bei, sowie die mangelhafte Ausbildung und der ärmliche Lebensstandard der Beamten. *(National 03.02., 04.02.15)*

AUS ANDEREN LÄNDERN

Pfarrer und traditionelle Führer befahlen Mord

Vanuatu: Mehrere Pfarrer und traditionelle Chiefs auf Akham Island in Vanuatu wurden von der Polizei

verhaftet, weil sie befohlen haben sollen, zwei Männer zu hängen, die der Zauberei beschuldigt worden waren. Nach Aussage der Polizei waren dies brutale und grausame Morde an den 67 und 40 Jahre alten Opfern. Den Pfarrern zufolge waren die beiden Männer verantwortlich für eine Reihe von Todesfällen auf der Insel. Die Polizei hat insgesamt über 40 Verdächtige festgenommen. *(Radio New Zealand International 18.11.14)*

Kirche niedergebrannt

Vanuatu: Acht Männer sitzen im Gefängnis, weil sie auf Anordnung eines Traditionellen Chiefs eine Kirche in Santo niedergebrannt haben sollen. Zwischen dem Chief und seiner Frau war es zum Streit über die Neujahrsfeierlichkeiten gekommen. Daraufhin habe er den Verdächtigen Alkohol gegeben und sie zur Brandstiftung an der Kirche angestiftet. Ein Kirchenführer wurde bei der Attacke verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert. *(Radio New Zealand International 12.01.15)*

Bischof wird Kardinal

Tonga: Bischof Soane Patita Paini Mafi (53) ist der erste Tongaer, der vom Papst zum Kardinal ernannt wurde. Er war außerdem der jüngste von 20 neuen Kardinälen, die Papst Franziskus am 14. Februar in ihr neues Amt eingeführt hat. Bischof Soane war am 5. Oktober 2007 zum stellvertretenden Bischof der Diözese Tonga und Niue ernannt und im Januar 2014 zum Bischof der Diözese geweiht worden. Zu den Feierlichkeiten in Rom waren auch der tongaische König Tupou VI. und Königin Nanasipau'u sowie weitere 200 Tongaer anwesend.

Die Katholiken in Tonga werden ihren neuen Kardinal nach der Fastenzeit am 11. April feiern – mit einem traditionellen Fest und Tänzen. *(Matangi Tonga 06.01.15, 100.2.15; Radio New Zealand International 16.02.15)*

Weniger Kava

Fidschi: Die Methodistische Kirche hat ihre Pfarrer und ehrenamtlichen Kirchenleiter aufgerufen, weniger Kava bis spät in die Nacht hinein zu trinken und sich selbst unter Kontrolle zu halten. *(ABC Radio Australia 09.02.15)*

Reha-Zentrum für Bettler

Fidschi: Das erste Rehabilitationszentrum für Straßenbettler in Fidschi wurde Ende des Jahres in Suva eröffnet. Angestoßen wurde es von der Kirche des Nazareners und bietet 24 Menschen Platz für eine Ausbildung mit Unterkunft. Die Regierung hatte dafür USD 50.000 zur Verfügung gestellt. *(Fiji-ive 21.12.14)*

Papst besorgt über Klimagefahren im Pazifik

Kiribati: Die Gefahren durch den Klimawandel standen im Mittelpunkt einer Begegnung von Papst Franziskus mit dem Präsidenten von Kiribati, Anote Tong, im Vatikan. Hoffnungen setzen der Papst und der Präsident auf die UN-Klimakonferenz im Dezember in Paris. Die Weltgemeinschaft müsse vereint und effizient gegen den Klimawandel arbeiten, so das Fazit der rund 20-minütigen Begegnung. *(KNA 5.2.15)*

IN EIGENER SACHE

Anlässlich der 100. Ausgabe der *pazifik aktuell* vom Dezember 2014 erreichte die Redaktion folgender Leserbrief.

Weltbild im Briefkasten

Ein Weltbild trägt wohl jeder Erwachsene mit sich herum. Fragt sich nur, wie viel reale Welt in diesen Weltbildern enthalten ist, die schließlich Einstellungen, Urteile, Verhaltensweisen prägen und rechtfertigen. Wie schnell ein Weltbild, mein Weltbild, zusammen schnurren kann, zeigt mir eine

ziemlich schlichte Broschüre, die ich viermal im Jahr aus meinem Briefkasten fischen darf.

DIN A4, schwarz-weiß, eng bedruckt, ohne einen einzigen Farblecks, kein einziges Foto; eine von Büroklammern zusammen gehaltene „Bleiwüste“ auf zeitgemäßem Recyclingpapier. Ein hoffnungsloser Fall, selbst für den Zeitschriftenmarkt der Eine-Welt-Szene. Mindestens das farbige Cover ist auch dort seit Jahr und Tag ein Muss.

Gott sei Dank bin ich lange genug dabei, um mich zu erinnern, dass wir fast alle als Publizierende einmal so angefangen haben. Generationen von Eine-Welt-Arbeitern und MenschenrechtlerInnen haben vor 30, 40 Jahren solche Arbeitshefte geschrieben und gelesen. Wichtige Ideen, Kampagnen und Methoden der Solidaritätsarbeit sind so auf die Beine und unters Volk gekommen.

„Pazifik aktuell – Nachrichten aus Papua-Neuguinea und den anderen Inselstaaten“ ist nach reiflicher Überlegung auch nach 25 Jahren weiter bei dieser do-it-yourself-Publizistik geblieben. Anderenfalls müsste man künftig Rechnungen schreiben und könnte sich nicht mehr nur mit der Förderung durch ein Missionswerk begnügen.

Ob ich auf meine alten Tage noch zum Abo schreiten würde, weiß ich nicht. Man will sich ja kleiner setzen. Andererseits ist da die Sache mit dem Weltbild. Mit Papua-Neuguinea, der unabhängigen Hälfte der Rieseninsel Neuguinea beginnt ja ostwärts die ungefähre Hälfte des Globus, die uns im Regelfall im Weltbild fehlt.

Ozeanien, der Pazifik bis an die Küsten beider Amerikas. Wasser, Wasser, aber eben nicht nur Wasser. Sondern Inselstaaten noch und noch, vom Flächengiganten Papua-Neuguinea über Nationen von der Größe stattlicher Bundesländer bis zu den Nationen, die uns wie Streusand im Meer vorkommen, deren Namen wir entweder von Atombombenversuchen oder aus Urlaubskatalogen und Kreuzworträtsellösungen kennen. Wer es mit der Zeitgeschichte hat, kann aber auch das „Inselpringen“ der Amerikaner im Zweiten Weltkrieg nachspielen. Da ver-

flüchtigt sich dann die Romantik ziemlich schnell.

Ich weiß nicht mehr, wie ich einst auf den Verteiler von „Pazifik aktuell“ geraten bin. Aber dieser knappe, sachliche Informationsdienst hat mir beigebracht, dass es die eine Insel, geschweige denn die Inseln der Seligen auf dem Blauen Planeten nicht gibt. Dass auch da, wo die Erde von hoch oben betrachtet wirklich blau aussieht, dieselben Übergriffe von Mammon, Rechtsbeugung und Gewalt an der Tagesordnung sind, wie in den Ballungszentren der Menschheit. Der mehrmalige Blick per annum in die pazifische Weite bestätigt wahrhaft ernüchternd, dass wir uns schon um diese Erde kümmern müssen, weil wir keine bessere Hälfte in der Hinterhand haben.

Eher im Gegenteil! Das meint wohl die kleine Änderung im schwarz-weißen Layout des Nachrichtendienstes anlässlich der 100. Ausgabe: der pazifische Lebensbaum oben auf Seite 1, die Kokospalme, steht mit ihren Wurzeln schon bedrohlich tief im Salzwasser. In der Ferne türmen sich Monsterwellen auf. Es muss nicht gleich ein Tsunami sein. Normale Unwetter in Kombination mit steigendem Meeresspiegel reichen, um die Zukunft etlicher Inselnationen äußerst ungewiss zu machen.

Als wären da nicht schon die politischen Konflikte, die ausreichen, unseren Zeitgenossen dort das Leben schwer zu machen. Beliebig heraus gegriffen aus „Pazifik aktuell Nr 100: „UNO-Soldaten von den Fidschi-Inseln als Gefangene islamistischer Terroristen in Syrien; hermetische Isolierung von Abschiebe-Flüchtlingen durch Australien auf dem Inselstaat Nauru; extreme Suizidraten von ozeanischen Jugendlichen, die mit ihrer Perspektivlosigkeit nicht zurecht kommen; Benutzung von Smartphones für die Verabredungen zu traditionellen Stammeskämpfen in Regionen Papua-Neuguineas; dabei eine dramatische Erhöhung der Opferzahlen durch den Gebrauch von Feuerwaffen statt Pfeil und Bogen.“

Den schlimmen menscheitstypischen Nachrichten stehen Mutmachernachrichten gegenüber: Ein-

zelne und Gruppen verlangen und tun, was recht ist, was Versöhnung schafft, was Hoffnung weckt. Das Netzwerk für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wird unablässig weiter geknüpft, auch auf der anderen Seite des Globus.

Pazifik, friedlicher Ozean, für die europäischen Kapitäne der frühen Neuzeit war der Name zunächst Niederschlag ihrer meteorologischen Beobachtungen und seemannisches Wunschdenken. Für viele Menschen von Papua-Neuguinea bis Neuseeland ist er eine Vision von Menschlichkeit und Zukunftsfähigkeit.

Mein Weltbild um dieses Wissen erweitern zu können, verdanke ich der Redaktion von „Pazifik aktuell“.

Pfarrer i.R. Harald Rohr,
Niederndodeleben, www.rohr.org

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Tahiti-Press • Wantok • Westpapa-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und

Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neundettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de